Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau bei Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Neun[illegible]zigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M. Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co. — Haasenstein & Vogler, — Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 379.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an

Freitag, 2. Juni

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Polen und Ruthenen.

Der „Dziennik Poznanski" antwortet auf die Thatsache, daß das Hauptorgan der Ruthenen in Lemberg, das „Slowo", unsere Darstellung des Verfahrens der galizischen Polen gegen die Ruthenen als wahrheitsgetreu anerkennt mit einer sophistischen Phrase. „Die ehrlichen und aufrichtigen Ruthenen werden uns Recht geben", sagt das polnische Blatt, ohne auch nur einen Schatten von Beweis dafür vorzubringen, ohne auch nur eine ruthenische Stimme dafür anzugeben. So dreist auf der einen Seite seine Behauptung ist, so frivol ist auf der anderen Seite die darin ausgesprochene Insinuation. Denn der „Dziennik" unterscheidet damit zwischen „ehrlichen" und „unehrlichen" Ruthenen; er nennt diejenigen „ehrlich", welche ihm beistimmen, und schiebt den Ruthenen, welche behaupten, daß sie von den Polen in ihren nationalen Rechten gekränkt werden, Unehrlichkeit und Heuchelei unter. Vom Standpunkte des „Dziennik" ist eine solche Unterscheidung geradezu ungeheuerlich. Aber freilich wird das polnische Blatt nicht gestatten, diese Klassifikation auch auf die Polen anzuwenden.

Daß der „Slowo" übrigens nicht nur bei seinen Landsleuten sondern auch bei den Polen Achtung genießt, geht am besten aus der Thatsache hervor, daß der Verein der Hausbesitzer in Lemberg den Hauptredakteur des Blattes als Kandidaten für die bevorstehenden Wahlen zum Stadtrath (=Stadtverordnetenversammlung) aufgestell hat. Freilich, die polnischen Ultras sind darüber entrüstet, und der „Dziennik Polski" versteigt sich zu einer wüthenden Strafrede.

„Auf der Liste, sagt das lemberger Blatt, fand sich auch zur großen Verwunderung und noch größeren Entrüstung (!) aller Wohlgesinnten (polnischen Hetzer?) der Name des Redakteurs des „Słowo" Herrn Benedikt Płoszczański. Zum ersten Male hat man es bei uns gewagt, zu irgend einer bürgerlichen Angelegenheit den Redakteur eines Blattes vorzuschlagen, welches im moskowitischen Sinne geschrieben wird, eines Blattes, welches Alles was polnisch ist, beschimpft und mit Schmutz bewirft (!) und den Samen des sozialen Haders in unserer schon so unglücklichen Gesellschaft ausstreut. Daß Herr Płoszczański auf der Liste aufgestellt worden ist, ist eine Beleidigung (!) die der öffentlichen Meinung zugefügt ist, ist eine Verhöhnung unserer polnischen Gefühle!"

Der „Dziennik Polski" schließt mit der Aufforderung, an den Vorsitzenden des Vereins der Hausbesitzer dagegen Protest einzulegen, daß Herr Płoszczański auf die Liste gesetzt worden ist.

In den oben angeführten Worten wirft das polnische Blatt in Lemberg der ruthenischen Zeitung vor, im moskowitischen Sinne zu wirken. Wir wissen nicht, ob dies begründet ist. Bisher ist uns nicht bekannt geworden, daß die Ruthenen Verschwörungen und Revolutionen gegen die Polen angezettelt hätten, und andererseits wissen wir, daß es im polnischen Charakter liegt, alle Diejenigen, welche nicht die polnischen Ansichten theilen als Verräther zu brandmarken. Sollten die polnischen Blätter Beweise für ihre Beschuldigung beibringen, so werden wir nicht mehr daran zweifeln, zugleich aber auch bitten uns die Ursachen dieser Erscheinung zu erklären. Es wäre doch eigenthümlich, wenn eine Nation, die nach den Versicherungen aller „Dzienniks" so gerecht und human behandelt wird, wie die Ruthenen von den Polen mehr Sympathien für die Moskowiten, als für die liebenswürdigen Polen empfinden sollte. Würde aber dieses unnatürliche Gefühl in der That bestehen, so fragen wir: Ist dies nach den Prinzipien, welche die „Dzienniks" vertheidigen, ein hinreichender Grund, um die nationalen Rechte einer Nation zu verkümmern?

Der „Dziennik Polski" wirft überdies dem „Slowo" vor, daß es Alles, was polnisch ist, beschimpft und mit Schmutz bewirft. Sollte dies der Fall sein, so würden die Schimpfreden und schamlosen Angriffe des „Dziennik Polski" gegen die Ruthenen diese Gesinnung vollständig erklären. Wir zweifeln aber an der Wahrheit dieser Beschuldigung, denn es wäre sonst schwer begreiflich, weshalb polnische Hausbesitzer den Hauptredakteur des „Slowo" auf die Kandidatenliste für die Kommunalwahlen setzen.

Anstatt nun seinen lemberger Kollegen auf alle diese Widersprüche aufmerksam zu machen, stimmt der „Dziennik Poznanski„ ihm vollständig bei, derselbe „Dziennik", welcher so beweglich zu deklamiren versteht, wenn es sich in Posen darum handelt, einen Polen auf die Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahlen zu bringen.

In Bromberg ist kürzlich einer der eifrigsten Vertheidiger des Polonismus, der Landtagsabgeordnete Magdzinski, von deutschen Bürgern zum Stadtverordneten gewählt worden. Aehnliche Rücksichten hat die deutsche Majorität auch in anderen Städten unserer Provinz gegen die polnische Minorität geübt. Und mit diesem Verhalten vergleiche man das Benehmen der „Dzienniks", welche schreien, daß durch die Wahl eines Ruthenen zum Mitgliede einer nicht politischen, sondern kommunalen Vertretung ihre „polnischen Gefühle verhöhnt" werden. Gerechtigkeit, Duldsamkeit und Bescheidenheit können jedenfalls nicht die Grundlage dieser Art von „polnischen Gefühlen" sein.

Die Agitationen zu den nächsten Wahlen werden bis jetzt nur von den Schutzzöllnern, den Sozialdemokraten und den Agrariern mit Eifer geführt. Die Letzteren lassen keine Mastvieh-Ausstellung oder ähnliche günstige Gelegenheit vorübergehen, ohne eine Versammlung auszuschreiben, in der sie ihre Berufsgenossen einzufangen versuchen. In Berlin hat jüngst eine zweite Agitationsversammlung stattgefunden, auch nach Breslau wird nach der jüngsten verfehlten schon eine zweite für den 7. Juni (Wollmarkt) ausgeschrieben. Wie es scheint, wird auch in Westpreußen nächstens der „eisenbeschlagene Tritt" der Agrarier erdröhnen. Dort haben mehrere konservative Großgrundbesitzer des aristokratischen rosenberger Kreises, darunter die HH. v. Auerswald-Faulen, v. Alt-Stutterheim auf Peterkau, einen Aufruf zur Organisation der Steuer- und Wirthschaftsreformen erlassen.

Die Versammlung in Stettin hat am letzten Sonnabend stattgefunden und war nach Angabe der „D. Landesztg." „von über 100 Personen, meist aus Pommern und der Mark" besucht. Dabei wurde auch richtig ein stettiner Tischler und Stadtverordneter namens Piest, der mit der Steuergesetzgebung unzufrieden ist, als Parteigenosse gewonnen. Herr M. A. Niendorf schleuderte mit der ihm eigenen Urbanität die heftigsten Invektiven gegen die heutige Majorität des Abgeordnetenhauses, weil die Petitionskommission desselben über Forderungen wegen der angeblichen Doppelsteuerung des Grundbesitzes beharrlich den Uebergang zur Tagesordnung beantragte. Man beliebt die Sache so darzustellen, als wäre diese Majorität, sei es aus doktrinärem Vorurtheil, sei es aus egoistischem Interesse, zu einer unbefangenen Würdigung der Vorstellungen der Petenten gar nicht im Stande, als fertige sie alle derartigen Bittschriften nach einer einmal feststehenden Schablone a limine ab. Die „Nat.-Lib. Corr." sagt dazu:

„Dieser Vorwurf entbehrt jeglicher Begründung. Man kann unberechtigte Forderungen, wenn sie zum hundertsten Male aufgestellt werden, zum hundertsten Male immer nur wieder mit den gleichen Gründen zurückweisen. Soweit aber die Forderungen mit irgendwie berechtigten Motiven unterstützt sind, ist man auch im heutigen Abgeordnetenhause weit entfernt, sich denselben zu verschließen. Ein so eben vertheilter Bericht der Petitionskommission, den die Abgg. v. Goldfuß und Dr. Kapp über eine einschlägige Petition aus Hannover erstattet haben, liefert hierfür den besten Beweis. Ein Hauptgewicht wird in dieser Petition auf die Beschwerde gelegt, daß gegen die Grundeigenthümer und auch, wenngleich nicht in demselben Grade, gegen die Gewerbetreibenden, die Kapitalisten besonders begünstigt erscheinen, indem von diesen an den Staat nur die Klassen- resp. Einkommensteuer entrichtet werde. Dem gegenüber wird in dem Bericht bemerkt: „Es muß nun zwar als richtig anerkannt werden, daß zu einem ganz vollständigen Systeme von Ertragssteuern unbedingt auch eine Kapital- oder eine Kapitalrentensteuer gehört; es ist auch eine solche schon wiederholt in Anregung gebracht worden, aber man hat hier die Besorgniß gehegt, daß fortan die inländischen Kapitalisten ihre Kapitalien lieber in ausländischen Effekten u. s. w. anlegen und die auswärtigen Kapitalisten den Ankauf diesseitiger Werthe vermeiden würden; mithin die Konkurrenz flüssiger Kapitalien vermindert, und damit der Zinsfuß gegen das Interesse der Grundeigenthümer und Gewerbtreibenden selbst erhöht, die Steuer also im Grunde auf diese Letzteren überwälzt werden würde. — Doch ist es immerhin möglich, daß diese Bedenken in Zukunft der Idee einer gerechten und darum gleichmäßig auf alle Vermögensobjekte auszudehnenden Ertragsbesteuerung werden weichen müssen — falls nicht bis dahin das System der indirekten Steuern über die jetzt vorwiegend direkte Besteuerung die Oberhand gewonnen haben sollte. Vorbedingungen für die erfolgreiche Einführung einer derartigen Kapital- oder Kapitalrentensteuer würde jedoch immer zunächst die Vereinigung aller deutschen Staaten zur Einführung einer solchen, und zwar von möglichst gleicher Höhe sein." — Hieraus geht klar hervor, daß das berechtigte Moment in den Ausführungen der Petenten durchaus nicht verkannt wird. Aber die verlangte Reform bedeutet nichts Geringeres als eine radikale Umänderung des bestehenden Steuersystems, d. h. eine den Lebensnerv des Staats unmittelbar berührende Frage, eine Frage zudem, die nur gelöst werden kann im Zusammenhange mit dem Problem der Reichssteuern. Man weiß aber, wie überaus schwierige und verwickelte Kontroversen, gerade auf diesem letzteren Gebiete bestehen, Kontroversen, welche noch längst nicht spruchreif sind. Unter diesen Umständen bedeutet ein Antrag im preußischen Landtag auf Uebergang zur Tages-Ordnung durchaus nicht eine prinzipielle Zurückweisung der Steuerreform, sondern lediglich ein Non liquet über die Art und Weise ihrer Ausführung mit anderen Worten: eine bloße Vertagung der Angelegenheit. Damit ist aber den hämischen Angriffen von agrarischer Seite die Spitze abgebrochen."

So meint die „N. L. K.", ohne daß wir ihrem Schlußsatze beistimmen. Die „Agrarier" werden sich durch die theoretische Anerkennung des berechtigten Theils ihrer Forderungen auch durchaus nicht veranlaßt fühlen, ihre Wühlerei aufzugeben.

Ueber den Handel mit Doktordiplomen in Philadelphia schreibt der bekannte Afrikareisende Gerhard Rohlfs, der sich gegenwärtig unseres Wissens dort aufhält, der „Ndd. Allg. Ztg.":

In Deutschland sind vielfach Klagen darüber geführt worden, daß für Geld irgend ein Beliebiger in Philadelphia den Doktorhut kaufen könne, und mit vollkommenem Rechte. Zur Feststellung dieser Angelegenheit theilte mir Herr Marsch, der Herausgeber des „Amerikan Journal of Pharmacy", mit, daß man in den Vereinigten Staaten eben so wenig erbaut von diesem Schwindel sei, als in Europa; und in der That finde ich in den „Minutes of pharmaceutical Meetings" vom 1. März 1872, p. 135:

„Professor Rogers bestand des Ferneren auf Aufklärung über die kürzlich an den Tag gekommenen schändlichen Betrügereien beim Verkaufe medizinischer Diplome. Dieser Handel besteht seit einiger Zeit und erst kürzlich sind die Interessenten und das Publikum darauf aufmerksam geworden. Die Verkäufer waren schlau genug, ihre Schliche geheim zu halten, aber durch zufällige Korrespondenz kam der ganze Schwindel an den Tag. Ohne Beihilfe der Fakultät bemächtigte sich das Publikum der Angelegenheit und brachte sie zur Kenntniß der Legislatur. Ein Untersuchungskomite wurde ernannt und die Fakultät der Universität von Pensylvanien ward aufgefordert, Zeugniß abzulegen." Die mit der Untersuchung bedrohten Schuldigen haben sich nicht einmal die Mühe gegeben, sich zu vertheidigen, aber dafür gewagt, die Universität von Pensylvanien zu verdächtigen. Es ist aber festgestellt, daß die sorgfältig gedruckten Diplome dieser Universität nie in die Hände solcher gefallen sind, die betrügerischen Gebrauch davon hätten machen können, und daß die Anklage einer übergroßen Ausgabe von Diplomen dieser Universität auf Erfindung beruhe. Aber jene betrügerischen medizinischen Schulen — die Philadelphia-Universität der Medizin und Chirurgie, die amerikanische Universität von Philadelphia und das elektische Kolleg der Medizin von Buchanan betreiben den Schwindel mit allen Mitteln. Wir finden hier also drei medizinische Anstalten, welche Diplome verkaufen, aber sie dürfen nicht mit der tüchtigen, ehrenwerthen Universität von Pensylvanien, die auch ihren Sitz in Philadelphia hat, verwechselt werden.

Bei der Untersuchung sind übrigens die merkwürdigsten Fakta ans Licht gekommen, obschon Dr. Bissels, einer der Hauptholden, jede Auskunft verwetgerte, um sich nicht selbst zu schädigen. Ein Herr Jos. B. Reed (p. 139 des oben erwähnten Journals) sagte aus, daß Dr. Buchanan vom elektischen Kolleg ihm ein Diplom gegen Erstattung von 25. Dollars angeboten habe. Herr C. S. Bates erhielt vom selben Kolleg sein Diplom nach einem sechsmonatlichen Kursus; er heilt die Blattern mit süßem Salpeterspiritus und kaltem Wasser, er beansprucht das Recht, mit seinen Patienten so umgehen zu dürfen, wie es ihm beliebt, und er doktort, schon viele Jahre, ehe er sein Diplom erlangte. Daniel Parlow, ein Farbiger und Kräuterarzt, erhielt als ein Zeichen der Hochachtung von Dr. Buchanan durch Vermittelung des Dr. Bissels ein Diplom. A. W. H. Hacks, ein Farbiger, besuchte 2 Kurse, einen jeden von 6 Vorlesungen, und erhielt gegen 25 Dollars ein Diplom. So geht es weiter in Aufführung des Diplomverkaufs und Dr. Harbison fügt hinzu: „daß er Paine's Diplome (Philadelphia Universität) haben könne, so viel er wolle und für jeden, der eins zu kaufen wünsche." Die oben Angeführten bilden nur einen verschwindend kleinen Theil derer, welche das Senats-Untersuchungskomite an den Tag brachte.

In der „Philadelphia-Sunday-Dispatch" vom 24. März 1872 finden wir: „Beide Häuser der Legislatur haben eine Bill durchgebracht, welche die Privilegien des elektischen Kollegs von Pensylvanien (Dr. Buchanan), des amerikanischen Kollegs, früher Philadelphia-Universität (Dr. Paine) aufhebt. Die Gründe, welche zu diesem Schritte veranlaßten, bestanden in dem betrügerischen Verkauf von Diplomen, und der Verleihung der medizinischen Doktorwürde an Schankwirthe, professionelle Spieler, Pferdejungen und unwissende Negerlumpen, welche nie vorher irgend etwas mit Medizin zu thun hatten. Die Legislatur hat vollkommen richtig gehandelt."

Leider ist dies Gesetz, wie mir Hr. Maisch mittheilt, später von Dr. Paine angegriffen, und durch die Supreme Court von Pensylvanien für unkonstitutionell erklärt worden, weil die betreffenden Freibriefe (charter Freibrief, Privilegium) perpetuell waren und nicht durch die Legislatur, sondern nur durch einen richterlichen Entscheid für aufgehoben erklärt werden konnten. Inzwischen sind keine Klagen gegen diese sog. Institute angestrengt worden, weil direkte Beweise sehr schwer herbeizuschaffen sind, und weil die Beamten und Professoren der University of Pensylvanien als in derselben Stadt wohnend sich gar nicht um diesen Schmutzhandel bekümmern, ebenso wenig die Geheimpolizei sich die Mühe gegeben hat, neue Beweismittel herbei zu schaffen. Die Verkaufsstellen existiren also immer noch, der Handel mit Doktordiplomen in Philadelphia geht lustig weiter und daraus erklärt es sich auch, daß man in den vereinigten Staaten fast eben so viele Doktoren wie Oberste und Generale findet. Deutschland wird sich nun gegen die Ueberfluthung des philadelphischen Doktortitels schützen können, indem es einfach denselben für nicht berechtigt erklärt, und da unseren Behörden nicht zugemuthet werden kann, die Unterschiede zu kennen, welche zwischen einem Diplom der Universität von Pensylvanien, einer Philadelphia-Universität der Medizin und Chirurgie und endlich der amerikanischen Universität von Philadelphia bestehen, so giebt es wohl kein einfacheres Mittel, dem Verkauf dieser Diplome zu steuern, als sämmmtlichen philadelphiensischen Doktoren die Berechtigung, in Deutschland diesen Titel zu führen, zu verbieten.

Deutschland.

△ **Berlin**, 31. Mai. Die durch das gestrige Telegramm aus Konstantinopel berichtete Wendung ist von sämmtlichen Börsen Europas günstig aufgenommen worden. Die Deutung, daß darin nur die Meinung ausgedrückt sei, es könne in der Behandlung der orientalischen Frage von der eigenen Regierung eine Wendung zum Schlechten nicht eintreten, dürfte die Stimmung nicht erklären können. Es ist vielmehr damit der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die neue Regierung ihren Bestand durch Berücksichtigung der diplomatischen Rathschläge und durch Einsicht in die Bedürfnisse ihrer Bevölkerung sichern werde. Selbstverständlich ist die Situation nicht geeignet, daß die Regierungen sich veranlaßt fühlten sollten, ihre Auffassung über die Krisis und ihre Behandlung auszusprechen. Es wird darauf ankommen, ob die türkische Regierung den revolutionären Zuckungen gegenüber, die sich in fast allen Theilen des Reiches offenbaren, Stand halten und welche Stellung sie in Bezug auf die Behandlung der erkrankten Theile einnehmen wird. Die diplomatische Thätigkeit ist einstweilen suspendirt und zu einer abwartenden Haltung genöthigt. Vor irgend weiteren Handeln wird eine Verständigung der Mächte abermals erfolgen müssen. — Der Entwurf des Nothstandsgesetzes ist dem Landtage noch nicht vorgelegt. Er ist vielmehr auf Grund der in der Sonntagssitzung des Staats-Ministeriums gefaßten Beschlüsse erst gestern in das Allerhöchste Kabinet gelangt, und es ist fraglich, ob die Vorlage noch vor den Pfingstferien dem Abgeordnetenhause zugeht. — Die letzte Sitzung des Bundesraths vor dem Schlusse der Session hat (wie schon gemeldet) heute stattgefunden. An derselben nahmen die preußischen Vertreter in so großer Anzahl wie selten Theil. Es war offenbar die Absicht der preußischen Bevollmächtigten,

durch ihr Erscheinen dem scheidenden Präsidenten **Delbrück** die Abschiedshonneurs zu geben. In Betreff des neuen Präsidenten ist zu konstatiren, daß auch die „Prov.-Korr.“ jetzt die Ernennung desselben meldet, während der „Staats-Anzeiger“ bei Registrirung der Ankunft Hofmanns ihn noch einfach als Minister bezeichnet. Wie man hört, ist die Berufung Hofmanns offiziell und die Ernennung von Bülows zu preußischen Staats-Ministern einem besonderen Akte vorbehalten.

— Das Abgeordnetenhaus hat heute (am 31. Mai) in einer siebenstündigen Sitzung die dritte Berathung der Städteordnung erledigt. Unter den erschwerenden Umständen, welche theils durch die ununterbrochene Fortsetzung langdauernder Plenarsitzungen, theils durch den in den letzten Tagen eingetretenen, bei der mangelhaften Beschaffenheit des Sitzungslokals verhängnißvollen Temperaturwechsel herbeigeführt sind, hat es der Aufwendung äußerster Energie und Selbstverleugnung bedurft, um trotz der hie und da sich geltend machenden Spuren der Uebermüdung diese wichtige Arbeit zu einem vorläufigen Abschluß zu bringen. Eine vollkommene Verständigung mit der Regierung ist allerdings nicht erreicht, ein Theil der Differenzpunkte, bei denen der Minister des Innern die Beschlüsse der zweiten Lesung als unannehmbar bezeichnet hatte, ist bestehen geblieben. So wurde die Herabsetzung des für das Bürgerrecht maßgebenden Zensus von 3 M., die Ausschließung der juristischen Personen vom Wahlrecht, die Einschränkung der Verpflichtung zur Anstellung von Militäranwärtern im Kommunaldienste, insbesondere aber die Bestimmungen über die städtische Polizeiverwaltung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung beibehalten. Dagegen wurde bezüglich der Klasseneintheilung die in der zweiten Lesung auf den Antrag Virchows eingeschaltete Bestimmung, wonach in der ersten und zweiten Wählerabtheilung $^1/_{12}$ bezw. $^2/_{12}$ sämmtlicher Wahlberechtigten vertreten sein müssen, wieder beseitigt und auch die Bestätigungsfrage der Bürgermeister so geordnet, daß hier ein Widerspruch mit der Regierung nicht weiter besteht. Die Majoritäten für das Festhalten an den von dem Minister des Innern als unannehmbar bezeichneten Beschlüssen waren meistens nur geringfügig. Die Ablehnung der von dem Abg. Haken beantragten anderweiten Fassung der Paragraphen über die Polizeiverwaltung erfolgte sogar nur mit einer Stimme Majorität.

Die „Prov.-Korr.“ ist bezüglich der Ergebnisse der Landtags-Session in ihren Hoffnungen, die sie noch vor 8 Tagen hatte, etwas herabgestimmt. Was zunächst den rein äußerlichen Fortgang der Session betrifft, so meldete sie, daß das Herrenhaus nicht vor dem 12. Juni, das Abgeordnetenhaus kaum vor dem 19. Juni zu weiteren Sitzungen wieder zusammentreten wird; die Session werde sich daher jedenfalls bis gegen Ende des Monats Juni ausdehnen. Bezüglich des Zustandekommens des Kompetenzgesetzes und der Städteordnung schreibt sie:

„Es fehlt bisher noch die Zuversicht des schließlichen Gelingens, und die letzten Tage gerade haben große Besorgnisse in dieser Beziehung entstehen lassen. Während das eine der beiden wichtigen Reformgesetze, welches den allseitig ordnenden und ausgleichenden Abschluß der in den letzten Jahren geschaffenen Verwaltungs-Einrichtungen bringen soll, zunächst mit dem Abgeordnetenhause nach langen sorgfältigen Berathungen in den meisten Punkten in befriedigender Weise vereinbart worden ist, die Berathung desselben im Herrenhause aber eine unerwartete Verzögerung findet, — ist die zweite Vorlage, welche die Städteordnung in das Bereich der allgemeinen Verwaltungsreform einzufügen bestimmt ist, im Abgeordnetenhause in einigen entscheidenden Punkten vorläufig so abweichend von den Auffassungen der Staatsregierung gestaltet worden, daß es im Fall der Aufrechterhaltung der Beschlüsse in der letzten Lesung zweifelhaft erscheint, ob die wenigen Wochen, auf welche die Session noch ausgedehnt werden kann, genügen werden, noch eine endliche Vereinbarung darüber zu erzielen. So bedenklich aber die Aussichten für das schließliche Gelingen in diesem Augenblicke stehen mögen, so darf doch die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß bei den letzten Entschließunben und Entscheidungen in beiden Häusern die gemeinsame Ueberzeugung von der absoluten Dringlichkeit des Abschlusses der betreffenden Aufgaben gerade im jetzigen Zeitpunkte den Ausschlag geben und die Bereitwilligkeit zur allseitigen Verständigung fördern werde. So schwer es in der jetzigen Session war, die mannigfachen Aufgaben annähernd zu bewältigen, so wird doch die Schwierigkeit in den kommenden Sessionen mit Rücksicht auf die künftige parlamentarische Zeiteintheilung noch erheblich gesteigert sein, und die nächste Session zumal wird für größere gesetzgeberische Arbeiten im preußischen Landtage kaum Raum gewähren. Soll daher der unerläßliche Ausbau der erfolgreich begonnenen Verwaltungsreform nicht auf Jahre hinaus ins Stocken gerathen, so muß es ein Gegenstand allseitigen eifrigen Bemühens der beiden Häuser im Verein mit der Regierung sein, die Frucht der bisherigen mühsamen Vorarbeit der gegenwärtigen Session zur Reife zu bringen.“

— Die „Deutsche Ztg.“ meldete, „daß das Reichs-Eisenbahnamt vom Bundesrathe beauftragt sei, Recherchen zu pflegen, ob eine Aufhebung der der deutschen Landwirthschaft schädlichen Differential-Tarife ohne Weiteres möglich wäre, daß das Reichs-Eisenbahnamt diese Frage nicht nur im günstgen Sinne erledigt, sondern sich auch entschieden für eine solche Initiative erklärt habe, und daß in Folge dessen die Aufhebung von etwa 12 den Verkehr zwischen den Nordseeplätzen und den Binnen-Handelsstationen beherrschenden Differential-Tarifen bevorstehe.“ Diese Mittheilung entbehrt dem „Reichs-Anz.“ zufolge der Begründung. Derselbe schreibt:

Das Thatsächliche an der Sache ist, daß der Bundesrath anläßlich verschiedener Beschwerden über die dem ausländischen, insbesondere dem russischen Spiritus auf deutschen Bahnen gewährte Frachtbegünstigung am 12. Februar c. beschlossen hat, die Frage, ob und in welcher Weise die nachtheilige Einwirkung, welche die Differential-Frachtsätze auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Spiritus-Exportplätze ausüben, zu beseitigen oder doch abzuändern sei, in weitere Erwägung zu ziehen, und daß das Reichs-Eisenbahnamt zur Ausführung dieses Beschlusses die betheiligten Bundesregierungen ersucht hat, in der angedeuteten Richtung Erhebungen anzuordnen, event. die dem ausländischen Spiritus gewährten Begünstigungen entweder aufzuheben oder sich darüber zu äußern, in welcher Weise deren schädigende Einwirkung auf den deutschen Spiritus-Exporthandel abzumindern sein möchte.

— Die beiden noch gläubigen Richtungen innerhalb der evangelischen „Landeskirche“, die sogenannten „positiven Unionisten“ und die „Konfessionellen“, fühlen unter dem dermaligen „Druck der Zeit“ je länger je mehr das Bedürfniß, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam den Kampf zu führen gegen einen „kirchenstürmenden bekenntnißfeindlichen Zeitgeist“ und so „die Fundamente der Kirche“ zu schirmen. Insbesondere haben diese „Hüter Israels“ es auf den Protestantenverein abgesehen, der ihnen als ein Gräuel erscheint. Der thatsächliche Zusammenschluß jener beiden „noch gläubigen“ Parteien soll nun auf der am 13. bis 15. Juni hierselbst im Saale des Evangelischen Vereinshauses stattfindenden diesjährigen berliner Pastoral-Konferenz vollzogen werden. Es ist deshalb bereits eine Umbildung des Vorstandes derselben erfolgt. Während dieser Vorstand bisher aus den Herren Prediger Arndt, Ober-Konsistorialrath Bachmann, Generalsuperintendent Büchsel, Pastor Orth und Konsistorialrath Souchon bestand, hat er sich nunmehr ergänzt und außer Herrn Tauscher von den positiven Unionisten die Hofprediger v. Hengstenberg, Konsistorialrath Stahn und Behrends in seine Mitte aufgenommen. An die Stelle Orth's, der den Vorsitz niedergelegt, ist der mildere Konsistorialrath a. D. Stahn zum Vorsitzenden gewählt worden. Ebenso hat man für die bevorstehende Konferenz lediglich solche Themata bestimmt, in Bezug auf welche die beiden Parteigruppen nicht auseinandergehen. Sie betreffen die Behandlung der Verächter von Taufe und Trauung und die Schlußbestimmungen der General-synodal-Ordnung. Zu Referenten resp. Korreferenten ist je ein Lutheraner und ein positiver Unionist in Aussicht genommen.

Frankreich.

Paris, 30. Mai. Die Nachricht von der Entthronung des Sultans Abd-ul-Aziz macht heute hier und in Versailles ungeheures Aufsehen. Der türkische Botschafter Sadik Pascha machte, wie man der „K. Z.“ von hier mittheilt, dem Minister des Auswärtigen heute Mittheilung von dem Thronwechsel in Stambul; eine lange Unterredung folgte. Der „Temps“ meldet: „Die chiffrirte Depesche von der Absetzung des Sultans ging Morgens 7 Uhr von Konstantinopel ab; Sadik Pascha theilte dieselbe sofort Decazes mit; sie begann mit den Worten: „Wir Abd-ul-Aziz danken in Folge des Wunsches der Mehrzahl unserer Unterthanen zu Gunsten unseres Neffen, des Sultans Mehemed Murad Effendi ab“ ꝛc. In dieser Depesche heißt es ferner, daß die Softas zuerst gefordert hätten, der Sultan solle den Titel des Khalifen ablegen, welcher ihn unverletzlich macht und den Scheik-ul-Islam verpflichtet, sich vor ihm niederzuwerfen; nachdem der Sultan auf den Titel des Khalifen verzichtet hatte, habe er auch als Sultan abgedankt. Der neue Sultan ist, wie es heißt, geneigt, den Kriegsminister Hussein Pascha fallen zu lassen, der für die Erhebung des Sohnes des Sultans Abd-ul-Aziz zum Nachfolger war; ebenso ist es bekannt, daß der Kriegsminister gegen jede den Christen zu bietende Konzession war und die Kriegserklärung gegen Montenegro und Serbien verlangte. Seine Entfernung würde demnach der Diplomatie ihre Arbeit sehr erleichtern. Die Erhebung Murad's zum Großherrn wird hier als ein sehr glückliches Ereigniß betrachtet, er soll, wie der „Temps“ wissen will, von der alt-türkischen Partei unterstützt werden, jedoch für einen aufgeklärten Mann gelten, welcher der europäischen Bildung zugethan, der französischen Sprache vollkommen mächtig ist und also direkt mit den Diplomaten verhandeln kann. In Ems, wie man hier erfährt, traf die Depesche diesen Morgen um 8 Uhr ein; Gortschakow eilte sofort zum Kaiser Alexander.

Insterburg. 29. Mai. Am 28. d. Mts., des Morgens gegen 7 Uhr, erschoß der auf der hiesigen Strafanstalt auf Posten stehende Musketier P. den am Fenster eines Arbeitssaales in der Anstalt stehenden Strafgefangenen M. Der Schuß traf den Kopf des M., welcher unmittelbar darauf starb. Ueber die Veranlassung erfährt die „J. Ztg.“, daß M. sich am Fenster hin und her bewegt und auf den dreimaligen Zuruf des Postens, sich zu entfernen, nicht fortgegangen, sondern denselben durch Schimpfreden und Geberden verhöhnt haben soll. P. wurde sofort verhaftet.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Die Entthronung Abdul-Azis stellt sich nach den neueren Nachrichten als eine durchaus „friedliche Ministerrevolution“ heraus; gelegentlich eines Konfliktes über die Verwendung von Geldern des Privatschatzes erklärte der Scheich-ul-Islam ganz gemüthlich dem Großherrn, das Volk sei mit seiner Regierung unzufrieden, er möge sich daher gefälligst als enttrohnt betrachten, worauf man den Sultan und die Sultanin Valide in Gewahrsam brachte. Auch eine Rückwirkung auf das Volk scheint die Bewegung kaum gehabt zu haben; außer den landesüblichen Freudenbezeugungen zu Ehren des neuen Gewaltherrn hört man von keinen Kundgebungen. Ueber die Fäden, durch welche diese stille Revolution geleitet worden, dringt noch nichts in die Oeffentlichkeit; eine wesentliche Rolle haben die Softas hierbei gespielt. Ueber diese plötzlich so berühmt gewordenen „Herren Studiosen“ schreibt die „N. Evang. Kirch.-Z.“ Folgendes:

Wer sind überhaupt die plötzlich so entschlossenen und in die Pläne der Diplomatie eingreifenden Softas? Es sind die Studenten der großen Moscheen — Kollegien Konstantinopels. In jeder der Hauptmoscheen ist eine Anzahl von Professoren der Theologie und Jurisprudenz angestellt, die zusammen den Körper der Ulemah oder der Wissenden bilden. Unter diesen studiren auf Kosten der reichbegüterten Moscheen 5—6000 junge Männer in Konstantinopel, die nach bestandener Prüfung in die Aemter des Kirchendienstes und der Rechtsverwaltung einrücken. Dies sind die Softas. Wenn sie ihre Bücher schließen, d. h. die Hörsäle verlassen, um sich mit den politischen Tagesfragen zu beschäftigen, so entsteht daraus eine fast ebenso ernste Situation, als wenn die Janitscharen früher ihre Kochkessel umwarfen, um dem Sultan ihre Unzufriedenheit zu bezeigen. Genauer noch ist die Parallele mit der wiener Aula, die im Jahre 1848 dem österreichischen Staate Gesetze vorschrieb. Nur scheint die Mehrzahl der Softas von einem fanatisch muhammedanischen Geiste beseelt zu sein, wie dies ihr Studium mit sich bringt; doch ist gewiß auch unter ihnen eine den Reformen zugeneigte Partei vorhanden, wie ja in Konstantinopel eine „junge Türkei“, die das Osmanenthum mit Hülfe liberaler Ideen zu regneriren sucht, seit zwei Jahrzehnten thätig ist. In dem Hasse gegen Rußland und dessen Agenten sind sie alle einig. Sie haben das Testament Fuad Paschas nicht vergessen. Es fragt sich nur, wie sie es durchzuführen gedenken. Jedenfalls wollen die Häupter dieser Bewegung sich die Entschließungen nicht durch di

---

Circus Renz.

So hat sich denn endlich erfüllt, was schon seit Monaten als bevorstehend angekündigt wurde: Renz ist da und hat gestern in Posen die erste Vorstellung gegeben. Bekanntlich steht der für ihn auf dem Kanonenplatz erbaute umfangreiche Circus, der 4000 Personen fassen soll, schon ziemlich lange. Er hat die Ueberschwemmungstage mit erlebt, und wenn er auch nicht, wie auswärtige Blätter zu melden wußten, durch den Austritt der Warthe zu leiden hatte und zu leiden haben konnte, so stand er doch wirklich unter Wasser, als der Kanonenplatz im Frühjahr aufzuthauen begann. Die Gesellschaft wurde schon im März erwartet, da wurde seitens der Behörde der Bau in einzelnen Theilen beanstandet, und Renz übersiedelte von Berlin nach Leipzig. Wie man uns sagt, ist er im Jahre 1858 zum letzten Male in Posen gewesen, wann zum ersten Male ist uns nicht genau bekannt. Vor uns liegt ein Band der Posener Zeitung vom Jahre 1844, welche damals „Zeitung des Großherzogthums Posen“ hieß. In der Nr. 226 vom 26. September findet sich unter den Inseraten folgende Anzeige:

Cirque Equestre.

Heute Donnerstag große Vorstellung der höheren Reitkunst und Pferdedressur in dem dazu neu eingerichteten Circus auf dem Kämmereihofe, von dem Königl. Preuß. general-concessionirten Kunstreiter und Direktor E. Renz.

Der Anfang der Vorstellungen 7 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr. Billets sind während des Tages bei Herrn Falkenstein zu haben, Abends an der Kasse und gelten nur an dem Tage, wo sie gelöst worden.

Zugleich zeige ergebenst an, daß ich auch Reit- und Voltigir-Unterricht Damen und Herren ertheile.

E. Renz, Kunst- und Schulbereiter.

Das war vor 32 Jahren! Der Circus stand damals da, wo heut die „Brotbänke“ stehen. Der Erfolg muß schon zu jener Zeit groß gewesen sein, denn die Vorstellungen wurden bis zum Sonntag, 17. November, ausgedehnt. In der Nummer (270) vom Sonnabend kündigt Herr Renz seine Abschiedsvorstellung an. Es heißt in der Anzeige:

Da Sonntag die letzte Vorstellung stattfindet, so bitte ich noch um zahlreichen Besuch, indem ich alles anwenden werde, diese Vorstellung zu einer glänzenden emporzuheben. Zugleich sage ich allen hohen Gönnern der Kunst für den zahlreichen Besuch während meines hiesigen Aufenthalts, insbesondere auch für den meinen Mitgliedern gespendeten Beifall meinen innigsten Dank.

Unsere Vorgänger im Jahre 1844 brachten noch keine Kunstberichte; es fehlt uns Nachgebornen somit an einem Anhalt dafür, wie damals die Leistungen des Circus beschaffen waren. Heute dürfte Herr Renz wohl schwerlich, selbst gegen hohes Honorar, bereit sein, „Reit- und Voltigir-Unterricht“ zu ertheilen!

Die Gesellschaft ist am 30. d. mittelst Extrazuges von Leipzig eingetroffen und zahlreiche Zuschauer waren Zeugen ihres Einzuges. Sie ist so vollständig als möglich: Reiter und Reiterinnen, die letzteren zum Theil sehr hübsch, Akrobaten, Turner, Clowns, darunter der als Spezialität berühmte „Aujust“ (Belling), Stallmeister, Diener u. s. w. Dann 134 Pferde zu den verschiedensten Verwendungen, darunter Künstler höheren und niederen Grades, Elephanten, Lama's, Antilopen, Giraffen, Känguru's, ein Kameel u. s. w. Die Einrichtung des Cirkus ist außergewöhnlich einfach, sonst die allgemein übliche; ein Rundbau aus Holz, die Plätze amphitheatralisch aufsteigend. Der Haupteingang befindet sich ziemlich an der Ecke des Sapiehaplatzes; rechts ist die Kasse, links ein kleiner Restaurationsraum, den der Besitzer des Viktoria-Restaurants, Mähl, verwaltet. Zunächst der Barriere liegen die Sperrsitze, darüber die Logen und hinter diesen, wieder höher, die Ränge. Als Sitze dienen rohe Holzbänke, welchen im Sperrsitz rothe bewegliche Lederpolster beigegeben sind. Eigentlichen Schmuckes ist der große Raum bar. Vier Reifenleuchter und an jedem Stützbalken eine Gasfaçade erhellen ihn. Oben sind große Fenster zur Ventilation angebracht.

Der Besuch der gestrigen ersten Vorstellung war nicht so zahlreich, wie man hätte erwarten sollen. Fast vollständig besetzt zeigten sich die besseren Plätze zu 3 M. 50 und 2 M., dagegen war der erste Rang, der im Preise die Mitte hält (1 M. 50 Pf.), auffallend wenig benutzt. Ueber die Vorstellung selbst ist zunächst zu berichten, daß das Programm sehr, ja, wie sich im Verlauf zeigte, zu reichhaltig war. Die einzelnen Pièçen erschienen etwas zu ausgedehnt, die einzige Pause des ganzen Abends umfaßte kaum 10 Minuten. Ohne jeden Aufenthalt reihte sich Leistung an Leistung, das Publikum kam aus dem Sehen, Staunen und Bewundern gar nicht heraus. Das hat aber die unangenehme Folge, daß man ermüdet, den späteren Pièçen nicht mehr mit der nöthigen Frische folgen kann — und ersichtlich war das Haus gegen Ende hin abgespannt.

An allen Leistungen mußte man außerordentliche Eleganz bewundern. Die Künstler führten die schwierigsten Produktionen mit der größten Leichtigkeit aus. Es mißlang auch nicht eine einzige Nummer. Die Damen Loisset, Stark und Reiß boten Exerzitien zu Pferde. Sie waren mehr oder minder gleichartig und es ist deshalb schwer zu sagen, wer den Preis verdient — doppelt schwer, weil sie mit gleicher Anmuth, gleicher Ausdauer und gleicher Virtuosität ausgeführt wurden. Die Krone für weibliche Leistungen an diesem Abende ist offenbar Frau Oceana Renz zuzuerkennen. Die Künstlerin, eine schöne Erscheinung, Blondine, produzirte sich auf dem Drahtseil — mit einer Vollendung, wie man sie kaum für möglich halten sollte. In den reizendsten Stellungen verharrte sie auf dem dünnen Seile bald ruhend, bald stehend, bald dahinschreitend — es war als schwebte sie in der Luft. Als sie nun gar zum Schluß, auf einem Fuße ruhend, allerlei Jongleurkünste ausführte, ein Taschentuch von der Fußspitze aufhob, ertönte stürmischer Beifall. Frau Renz leistet, was ein Mann nur leisten kann — und das bedeutet etwas, wenn man vorher Mr. Cariot als Jongleur zu Pferde gesehen hat. Sein Kugelspiel würde schon Beifall finden, wenn es zu ebner Erde stattfände — um wie viel mehr auf einem galoppirenden Pferde! Beweise vollendeter Pferdedressur erhielten wir durch die Herren F. Renz und Hager. Der erstere führte den arab. Hengst „Pilger“, einen wundervollen Grauschimmel, und später 10 Rapphengste vor. Der Stammvater der letzteren ist bereits 24 Jahre alt und seit 19 Jahren im Circus thätig, die übrigen tiefschwarzen glänzenden Thiere sollen 4—5 Jahre zählen. Wie Herr Renz sie bändigt, wie ein Wink, ein Ruf, eine Bewegung genügt, sie seinem Willen dienstbar zu machen, das muß man gesehen haben. Herr Hager ritt mit den Schulpferden Don Juan und Leporello die „Fahrschule“, eine an Abwechselung und Kunst reiche Pièce. Welche Bewegungen das Pferd auch macht, sein Reiter rückt auch nicht einen Augenblick vom Sattel — es ist, als wäre er mit ihm eins.

Es würde zu weit führen, wollten wir aller Einzelleistungen eingehend gedenken. Daher nur noch so viel: Herr Barenco di Erber (Saltomortale zu Pferde), die Herren Gebr. Avolo (Produktionen am Reck) und Herr Drexler (Jockey auf ungesatteltem Pferde) — sie alle haben dem Publikum gezeigt, welcher Vollendung ihre Kunst fähig ist. Da ein zukünftiges gutes Häkchen sich bei Zeiten krümmt, kann es nicht verwundern, daß der kleine 6jährige Oskar Renz bereits ein tüchtiger Dresseur ist, der mit seiner sehr langen Peitsche den allerliebsten Ponny „Diamant“ ganz vortrefflich regiert.

Ein von 20 Damen stürmisch gerittenes Manöver wirbelte in der Arena den Staub gewaltig auf, und eine große Anzahl von Clowns sorgte für Intermezzos. Davon sind im Besonderen die Geigenvirtuosen und das Spiel mit den Hüten zu erwähnen. „Aujust“ kam gestern noch nicht recht in Aktion. Originell war die parodistische Vorführung eines dressirten, nicht etwa wirklichen, sondern imitirten Esels (zwei Knaben, welche durch eine aus Pappe bestehende Eselsmaske verbunden sind) durch den einen Clown.

Das Publikum spendete fort und fort, lebhaften Beifall. Ein großer Theil verließ den Circus vor dem Schluß, da ein Gewitter darüber heraufzog.

e.

ichte vorschreiben lassen, sondern womöglich durch rasches in den osmanischen Staat retten.

Entsprechend unserer gestern ausgesprochenen Vermuthung, verlautet jetzt, daß England die Softas in ihren Plänen von Anfang an unterstützt habe. Während alle Mächte Kriegsschiffe nach den Dardanellen schicken, um dort ihren Forderungen den gehörigen Nachdruck geben zu können, scheint das britische Reich, welches dem berliner Programm nicht beigetreten ist, weil es in demselben eine den englischen Interessen nicht förderliche Aktion erblickt, die Gelegenheit wahrgenommen zu haben, um seinen eigenen auf Abschwächung des Eingreifens der Drei-Kaiserpolitik abzielenden Plänen, ehe die fremdherrliche Flotte noch angelangt ist, in Konstantinopel die Wege zu ebnen. Mit welchem Erfolge, wird der weitere Verlauf der Krisis lehren. Möglicher Weise werden diese Nachrichten von russischer Seite verbreitet und dürften dann mit Vorsicht aufzunehmen sein. Es wäre interessant zu erfahren, ob die russische Gesandtschaft in Konstantinopel durch die Ereignisse überrascht worden ist. Nach einem Telegramm des „Ruski Mir“ zu urtheilen, scheint man in russischen Kreisen eine Katastrophe befürchtet zu haben. Dieses petersburger Blatt erhielt am 27. Mai, also drei Tage vor der Entthronung Abdul Azis folgende Depesche aus Konstantinopel:

Die Stadt ist in Bewegung. Man verlangt konstitutionelle Vertretung. Es gehen Gerüchte, die Pforte verlange die Abberufung des russischen Botschafters, Generals Ignatiew. Die in Konstantinopel und Umgegend lebenden Montenegriner (etwa 3000 bis 4000 an Zahl) haben dem General Ignatiew ihre Bereitwilligkeit erklärt, ihm im Falle der Noth zur Disposition zu stehen. Der wirkliche Großvezier ist jetzt Hussein-Avni-Pascha, der neue Kriegsminister. Man erwartet den Krieg mit Serbien und Montenegro. Den Oberbefehl über die Heere wird Derwisch-Pascha führen, an seine Stelle Midhat-Pascha treten.

Die Gegnerschaft Rußlands und Englands in Betreff der orientalischen Frage wird wohl dafür sorgen, daß Enthüllungen von der einen und der anderen Seite über die Fäden der Revolution ans Tageslicht kommen, und aus den entgegengesetzten Darstellungen wird man mit kritischen Blicken die Entwicklung der Dinge in ihrem wirklichen Zusammenhange sehen können.

Wie berichtet wird, hat der Thronwechsel die geplante diplomatische Aktion der Mächte insofern durchkreuzt, als die grade für den 30. angesetzte Ueberreichung der gemeinsamen Mittheilungen der 5 Großmächte (England schloß sich also thatsächlich aus) aufgeschoben wurde.

Außer der Agitation der Softa sind übrigens der Katastrophe noch mancherlei andere Bewegungen vorausgegangen, über welche allmälig Nachrichten einlaufen. So haben in den letzten Tagen auch die Arsenalarbeiter von Konstantinopel abermals demonstrirt. Es wurde ihnen wieder der Lohn eines Monats in Aussicht gestellt, womit sie sich aber nicht zufrieden erklärten, da sie zum Theile acht, zehn, ja selbst zwölf Monate zu fordern und als einfache Arbeiter mit ihren Familien keine andere Hilfsquelle als ihren sauer verdienten Lohn haben. Nach einem Bericht der „Allg. Ztg.“ erzwangen sie wieder den Uebergang über die Brücke, welche die Hauptstadt mit der Vorstadt Galata verbindet, und ebenso nahmen sie sich von den auf der Brücke stationirten Verkäufern Brot, Obst und andere Eßwaren zur Befriedigung ihres Hungers, ohne daß irgend ein Polizeisoldat oder sonst Jemand es zu hindern wagte. Die öffentliche Ordnung ging eben unter dem früheren Sultan einer allgemeinen Auflösung entgegen.

Was die Lage in den insurgirten türkischen Provinzen sowie in Serbien, Montenegro und Griechenland anbetrifft, so sind die heute eingegangenen Nachrichten allerdings ziemlich ernster Natur und geben ein Bild der schwierigen Aufgaben, denen sich der neue „Kaiser der Türkei“ gegenüber sieht. Die Presse meldet aus Zara, daß nach Aeußerungen des montenegrinischen Kriegsministers Plamenac, der nach zwanzigtägigem Aufenthalt in Wien wieder nach Cettinje gereist ist, das Kriegsbündniß zwischen Montenegro, Serbien, Rumänien und Griechenland perfekt geworden sei; der Beginn der vereinbarten Kriegsaktion sei für Montenegro und Serbien nächstens unvermeidlich; gleichzeitig werde ein Aufstand in Thessalien und auf Candia ausbrechen. Dem „Wiener Tageblatt“ wird aus Belgrad gemeldet, daß der Alliancevertrag zwischen Serbien und Montenegro am 24. Mai unterzeichnet worden sei; in demselben werde eine gemeinsame Heeresleitung festgestellt. Die „Politische Korrespondenz“ meldet, daß bei Podgorizza (an der südlichen Grenze von Montenegro) zwischen Türken und Montenegrinern ein Zusammenstoß stattgefunden habe. Von Montenegro aus wird überdies eine Insurgirung der Miriditen in Albanien versucht, und haben Letztere, wie der „Pol. Korr.“ aus Skutari gemeldet wird, aus Cettinje heimlich Waffen erhalten. Die Rüstungen Serbiens sind beendet, das serbische Heer steht schlagfertig und bereit. An der Grenze werden Schulen in Spitäler umgewandelt und die Klöster zur Aufnahme Verwundeter eingerichtet. Auf türkischem Gebiet finden an der Grenze bei Novi-Bazar, wie gestern bereits gemeldet, zahlreiche Truppenkonzentrationen statt.

Aus Belgrad wird weiter dem „N. W. T.“ gemeldet: Ein noch geheimes Manifest Milan's ist im Druck. Dasselbe ist an die Serben aller Konfessionen, dann an Bosnien und die Herzegowina gerichtet. In den nächsten Wochen sollen 100,000 Imperials von Moskau nach Belgrad geschickt werden. Es ist dies die erste Unterstützung des slavischen Vereins. Aus Deutschland werden in Serbien Aerzte erwartet. Eine Allianz mit Griechenland ist angeblich abgeschlossen. — Aus Athen wird gemeldet, daß die Nationalgarden zu den Uebungen einberufen worden sind.

Vom Landtage.

68. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß.)

Berlin, 31. Mai. Im Fortgang der dritten Berathung der Städteordnung bot nach Annahme des § 47 der § 51 Veranlassung zu längerer Debatte. Derselbe lautet nach den Beschlüssen der zweiten Lesung:

Der Bürgermeister und der erste Beigeordnete bedürfen der Bestätigung des Ministers des Innern in Stadtgemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern, des Oberpräsidenten in allen Stadtgemeinden. Die Bestätigung darf nur versagt werden, wenn Thatsachen vorliegen, welche Bedenken gegen die technische oder sittliche Qualifikation des Gewählten begründen. Diese Thatsachen sind in dem, die Bestätigung versagenden Bescheide mitzutheilen. Bei der Wiederwahl ist eine Bestätigung nicht erforderlich. Wird die Bestätigung versagt, so schreitet die Stadtverordnetenversammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so kann der Oberpräsident die kommissarische Verwaltung der Stelle anordnen, bezüglich des Bürgermeisters jedoch nur dann, wenn der erste Beigeordnete nicht bereit ist, die Verwaltung der Stelle zu übernehmen. Dasselbe findet statt, wenn die Stadtverordnetenversammlung die Wahl verweigert oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder wählt.

Die kommissarische Verwaltung dauert so lange, bis die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, deren wiederholte Vornahme ihr jederzeit zusteht, die Bestätigung erlangt hat; die Kosten der kommissarischen Verwaltung werden aus der gemäß § 48 festgesetzten Besoldung und Dienstunkostenentschädigung bestritten.

Hierzu beantragt Abg. Krech, die beiden ersten Absätze wie folgt zu fassen: Der Bürgermeister und der erste Beigeordnete bedürfen der Bestätigung des Königs in Stadtgemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern, des Oberpräsidenten in allen anderen Stadtgemeinden. Der Oberpräsident kann die Bestätigung nur mit Zustimmung des Provinzialraths versagen; gegen den die Bestätigung versagenden Beschluß findet die Beschwerde an den Minister des Innern statt.

Abg. Aegidi beantragt a) das erste Alinea dahin zu fassen: der Bürgermeister und der erste Beigeordnete bedürfen der Bestätigung des Königs in Stadtgemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern, des Oberpräsidenten in allen anderen Stadtgemeinden; b) das zweite Alinea („die Bestätigung“ bis „erforderlich“ zu streichen).

Abg. Windthorst (Meppen): Der Minister hat heute erklärt, daß er die Beschlüsse der zweiten Lesung in diesem Punkte nicht annehmen könne und daß er den Abänderungsvorschlägen ev. seine Zustimmung geben würde; Gründe hat er dafür nicht angeführt, seine Vertheidigung hat jedoch der Abg. Lasker übernommen. Es wird von ihm u. A. ausgeführt, daß das in der letzten Lesung angenommene Amendement völlig unwesentlich sei; aber der energische Widerstand, den der Minister gegen dasselbe gemacht hat, sollte ihn doch eines Besseren belehren und wenn er praktisch die Sache kennen würde, so würde er wissen, daß das unbeschränkte Bestätigungsrecht der Regierung eine willkommene Handhabung bieten würde, um Solche zurückzuweisen, welche ihr in politischer oder kirchlicher Beziehung unbequem sind. Wenn man auf den Provinzialrath als eine Kautel hinweist, so wird dieser in Städten über 10,000 Einwohner gar nicht berührt, denn in diesen entscheidet der König absolut. Nun sagt der Abg. Lasker, daß es für diese völlig gleichgiltig sei, ob der König oder der Minister bestätige, da ja in dem ersteren Falle der Minister kontrasigniren müsse, also verantwortlich sei Darauf erwidere ich, daß uns dies durchaus nicht gleich ist, weil wir den König nicht in den Kampf der Parteien hineinziehen wollen. Wenn Sie heute den Beschluß der vorigen Lesung aufheben, so tritt die Willkür in Bezug auf die Bestätigung wieder völlig in ihre Rechte, und für mich verliert die Städteordnung hiermit gänzlich ihren Werth.

Abg. Dr. Lasker: Auf die ersten Bemerkungen des Vorredners, daß ich den Minister offiziell vertheidige, brauche ich wohl nach meinem politischen Vorleben nicht zu antworten; ich habe durchaus nicht Lust, in Bezug auf das Maß liberaler Anschauungen mit dem Abg. Windthorst auf Mensur zu treten. (Heiterkeit.) Ich habe schon vorher gesagt, daß solche allgemeinen Forderungen, wie die Begründung der Nichtbestätigung durch den Mangel an technischer oder sittlicher Qualifikation völlig wirkungslos sind und gar nichts nützen. (Abg. Windthorst: Ja wohl!) Dann kennt der Abg. Windthorst den Grafen Eulenburg sehr schlecht (Heiterkeit); der hat doch oft und sehr klar erklärt, daß er aus den und den politischen Gründen die Bestätigung versage. Der Abg. Windthorst stellt sich doch den Herren zu schüchtern vor; konservative Minister pflegen das nicht zu sein, und ich könnte Ihnen, wenn ich die Begabung des Grafen Eulenburg hätte, schon jetzt die Rede halten, die der Minister bei einer bezüglichen Interpellation halten würde. Was versteht man denn eigentlich unter sittlicher Qualifikation? Etwa das, was der Sittenpolizei im strengen Sinne des Wortes genügt? (Heiterkeit.) Die Barriere, die Sie mit solchen allgemeinen Bestimmungen ziehen, ist wirklich leicht zu überspringen, während der Provinzialrath eine viel wirksamere Kautel bietet. Wenn Abg. Windthorst sagt, daß derselbe nur für Städte unter 10,000 Einwohner gelte, und daß ich konsequenterweise für solche Städte, die diese Zahl übersteigen, den Minister an die Stelle des Königs setzen müßte, halte ich dies letztere aus den schon angegebenen Gründen für durchaus unwesentlich, und ich möchte nicht wegen einer solchen Bestimmung das Gesetz fallen lassen, was nach einer viermaligen Erfahrung entschieden geschehen würde. Wenn die Städteordnung über ein Prinzip zu Fall kommt, so kann mich das trösten; wo es sich hier aber nur um einen rein formellen Punkt handelt, würde ich das Nichtzustandekommen nicht verantworten können.

Bei der Abstimmung wird nach Ablehnung des Abg. Aegidi der Antrag Krech mit 147 gegen 137 Stimmen angenommen und mit dieser Modifikation der §. 51 genehmigt.

Abg. Windthorst (Meppen) beantragt hierauf einen neuen § 51a einzuschieben, der die durch die letzte Abstimmung beseitigte Bestimmung: „Bei der Wiederwahl ist eine Bestätigung nicht erforderlich“ — wiederherstellt. Dieser Paragraph wird angenommen.

Zu § 86 (Verpflichtung der Städte zur Anstellung der Militärinvaliden und Militäranwärtern) beantragt Abg. Krech die Streichung des in zweiter Lesung angenommenen Passus, nach welchem die Verpflichtung der Städte zu solcher Anstellung sich nicht auf die Stadtsekretäre und Kalkulatoren erstreckt. Minister des Innern, Graf zu Eulenburg bittet gleichfalls, diesen Passus, auf dessen Streichung die Regierung sehr hohen Werth lege, nicht aufrecht zu erhalten. Abg. Miquel schließt sich dem Antrag auf Streichung an, da die Fassung der vorliegenden Bestimmung leicht dazu gemißbraucht werden könne, durch die Ausdehnung des Titels „Stadtsekretäre“ die Verpflichtung der Stadtgemeinden zur Anstellung von Militäranwärtern wesentlich zu beschränken. Nachdem Abg Röstel dringend die Beibehaltung des Beschlusses zweiter Lesung befürwortet, wird der Antrag Krech abgelehnt und §. 86 unverändert angenommen.

Die §§. 115—122 handeln von den Rechten und Pflichten der Gemeindebehörden in Beziehung auf die Verwaltung der örtlichen Polizei- und der allgemeinen Landesangelegenheiten. Von dem Abg. Haken wird eine neue Fassung dieser Paragraphen beantragt, welche in einzelnen Bestimmungen der ursprünglichen Regierungsvorlage dadurch sich nähert, daß sie die Polizeigewalt des Bürgermeisters von der Zustimmung des Magistratskollegiums unabhängiger macht. Abg. Miquel hält die Abänderungsanträge Haken's für unwesentlich und rein formeller Natur und bittet sie anzunehmen.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Anträge Haken sind keineswegs blos redaktioneller Natur, sondern ich weiß, daß sie von der nationalliberalen Partei vereinbart sind, um den Regierungswünschen, wie sie bei der letzten Berathung dieser Paragraphen der Minister Eulenbung äußerte, entgegenzukommen. Durch die Anträge Haken werden sehr wichtige, freiheitliche Bestimmungen, die in zweiter Lesung angenommen sind, beseitigt, ich bitte Sie dringend, dieselben abzulehnen.

Bei der Abstimmung werden hierauf die Anträge Haken mit 134 gegen 133 Stimmen abgelehnt und die §§ 115 bis 122 unverändert angenommen.

Die übrigen Paragraphen werden mit den durch die vorangegangenen Beschlüsse bedingten Modifikationen ohne Debatte genehmigt und wendet sich schließlich die Berathung dem zurückgestellten § 1 zu. Derselbe bestimmt den Geltungsbereich der Städteordnung. Abg. Aegidi und Genossen beantragen die Ausschließung der Rheinprovinz. Abg. Knebel erklärt, daß verschiedene definitiv angenommene Beschlüsse, es den rheinischen Abgeordneten unthunlich erscheinen ließen, für die Ausdehnung des Gesetzes auf das Rheinland zu stimmen.

Abg. Miquel bestreitet, daß für den Antrag Aegidi irgend eine Berechtigung vorhanden sei und wünscht nicht, die Monarchie in dieser Beziehung für die Dauer des Kulturkampfes in zwei Theile zu zerreißen.

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag Aegidi abgelehnt und § 1 unverändert nach den Beschlüssen zweiter Lesung und darauf das Gesetz im Ganzen mit großer Majorität genehmigt.

Abg. Kantak zeigt dem Hause an, daß er seine von dem Minister heute nur unvollständig beantwortete Interpellation, so weit sich dieselbe auf die Versammlung des Oxhöfter landwirthschaftlichen Vereins beziehe, nach den Ferien wieder aufnehmen werde. Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Parlamentarische Nachrichten.

***Berlin**, 31. Mai. In der gestrigen Sitzung der Justizkommission des deutschen Reichstages, der letzten vor den Pfingstfeiertagen, gelangte die Kommission in ihren Berathungen der Strafprozeßordnung vom § 27 bis § 57 und erledigte u. A. die Fragen über die Zeugnißvernehmung der höchsten Reichs- und Staatsbeamten und politischen Körperschaften, über Zeugnißzwang in Preßsachen und die Beeidigung der Zeugen im Vorverfahren. Nach einigen weniger wesentlichen Abänderungen der Beschlüsse in erster Lesung zu §§ 27 und 39 gelangte der auf Anregung des Bundesraths vom Abg. Miquel eingebrachte Antrag, betreffend den Akt der Vernehmung der höchsten Reichs- und Staatsbeamten 2c., zur Berathung. Dieser Antrag, welcher vor einigen Wochen bei der Berathung der Zivilprozeßordnung für den Zivilprozeß abgelehnt worden war, wurde in der gestrigen Sitzung von der Kommission sowohl für den Strafprozeß als auch für den Zivilprozeß genehmigt. Die demgemäß als § 47a in die Strafprozeßordnung neu aufgenommene Bestimmung lautet: „Der Reichskanzler, die Minister eines Bundesstaats, die Mitglieder der Senate der freien Städte, die Vorstände der obersten Reichsbehörden und die Vorstände der Ministerien sind an ihrem Amtssitz, oder wenn sie sich außerhalb desselben aufhalten, an ihrem Aufenthaltsorte zu vernehmen. Die Mitglieder des Bundesraths sind während ihres Aufenthalts am Sitze des Bundesraths an diesem Sitze und die Mitglieder einer deutschen gesetzgebenden Versammlung während ihres Aufenthalts am Orte der Versammlung an diesem Orte zu vernehmen. Zu einer Abweichung von den vorstehenden Bestimmungen bedarf es in Betreff des Reichskanzlers der Genehmigung des Kaisers, in Betreff der Minister und der Mitglieder des Bundesraths der Genehmigung des Landesherrn, in Betreff der Mitglieder der Senate der freien Städte der Genehmigung des Senats, in Betreff der übrigen vorbezeichneten Beamten der Genehmigung ihres unmittelbaren Vorgesetzten, in Betreff der Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung der Genehmigung der letzteren.“ — Der in erster Lesung gefaßte Beschluß der Justizkommission, daß Notare und Hebeammen das Zeugniß verweigern dürfen, wurde wieder beseitigt. — § 44 erhielt auf Anregung des Bundesraths und auf entsprechende Anträge der Abgg. Miquel und Wolffsohn folgende Fassung: „Oeffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, dürfen über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde oder der ihnen zuletzt vorgesetzt gewesenen Dienstbehörde vernommen werden. Für den Reichskanzler bedarf es der Genehmigung des Kaisers, für die Minister der Genehmigung des Landesherrn, für die Mitglieder der Senate der freien Hansestädte der Genehmigung des Senats.“ — Hierauf gelangte die Kommission zu der Frage des Zeugnißzwanges in Preßsachen. In erster Lesung hatte die Kommission als § 44a folgende Bestimmung der Str.-Pr.-Ordn. einverleibt: „Bildet der Inhalt eines veröffentlichten Preßerzeugnisses den Gegenstand einer Strafverfolgung, so sind der Redakteur, Verleger und Drucker berechtigt, das Zeugniß über die Person des Verfassers, Herausgebers und Einsenders zu verweigern. Ein die Streichung dieses Paragraphen bezweckender Antrag des Abg. Miquel, der von den Bundeskommissaren sehr befürwortet wurde, wurde abgelehnt, dagegen wurde ein vermittelnder Antrag des Abg. Marquardsen angenommen, wonach § 44a folgermaßen lauten soll: „Wird der Gegenstand einer Strafverfolgung durch den Inhalt einer periodischen Druckschrift gebildet, wofür nach § 20, 2 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 der verantwortliche Redakteur als Thäter haftet, so sind Verleger, Redakteure und Drucker, sowie deren zur Herstellung der Druckschrift verwendetes Hilfspersonal berechtigt, das Zeugniß über die Person des Verfassers und Einsenders zu verweigern.“ — Zu sehr lebhaften Debatten führten die Bestimmungen des § 57, betreffend die Beeidigung der Zeugen im Vorverfahren, welche nach dem Beschluß in erster Lesung nur ganz ausnahmsweise erfolgen darf. Schließlich wurde § 57 mit 15 gegen 13 Stimmen, gegen den sehr energischen Widerspruch der Bundeskommissare, welche die Wiederherstellung der Bundesvorlage befürworteten, im Wesentlichen in der in erster Lesung erhaltenen Fassung genehmigt.

Lokales und Provinzielles.

Posen 1. Juni.

r. **In der Stadtverordnetensitzung** am 31. Mai waren 20 Mitglieder anwesend; der Magistrat war durch den Oberbürgermeister Kohleis, den Bürgermeister Herse und die Stadträthe v. Chlebowski und Dr. Loppe vertreten. Den Vorsitz führte der Kommerzienrath B. Jaffe.

Es werden zunächst mehrere Rechnungen dechargirt: die Mittelschulrechnungen pro 1873 und 1874, die Armenkassenrechnung pro 1871, und die Rechnungen für die drei Stadtschulen pro 1874.

An Stelle des verstorbenen Kaufmanns David Kantorowicz wird der Bäckermeister Menzel in den Waisenrath gewählt. — Die definitive Anstellung des Elementarschullehrers Brzezinski an der dritten Stadtschule wird genehmigt. — Zum Vorsteher für den IV. Armenbezirk wird an Stelle des Rentiers Pisanke, welcher die Wahl aus triftigen Gründen abgelehnt hat, der Maurermeister Biebig, und an Stelle des Destillateurs Julius Beyer für den XX. Armenbezirk der Färbermeister Sieburg gewählt.

Nach § 14 des Gesetzes vom 25. Juni 1875 ist die Stadt Posen zur Anstellung eines Thierarztes behufs Beaufsichtigung der Vieh- und Pferdemärkte verpflichtet. In dem Lizitationstermine, welcher zu diesem Behufe anberaumt wurde, war der Mindestfordernde mit 3¾ M. für jeden Markttag der hiesige Thierarzt v. Szawelski, was für das ganze Jahr 600 M. ausmachen würde, und beantragt demgemäß der Magistrat, demselben den Zuschlag zu ertheilen, und für das laufende Jahr vom 1. Juni ab zur Besoldung des Thierarztes die Summe von 350 M. zu bewilligen. Fabrikbesitzer Kronthal jedoch, welcher über diese Angelegenheit berichtet, beantragt, an den Thierarzt Herzberg, welcher 4 M. für jeden Markttag beansprucht hatte, die Anfrage zu richten, ob er nicht bereit sei, seine Ansprüche auf 3¾ M. herabzusetzen, da derselbe bereits als Thierarzt am städtischen Marstalle angestellt sei, und es sich der Vereinfachung des Geschäftsverkehrs wegen empfehlen dürfte, in einer Person beide Anstellungen zu vereinigen. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und der Magistratsantrag angenommen.

Die Stadt Posen ist in dem Prozesse gegen den verstorbenen Oberbaurath Moore verurtheilt worden, einen alten Kohlenschuppen der städtischen Gasanstalt herauszugeben. Der Werth dieses Schuppens ist auf 582 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. abgeschätzt, und beantragt der Magistrat, diesen Betrag als Ausgleichssumme zur Zahlung an die Erben des verstorbenen Oberbauraths Moore aus dem Etat der Gasanstalt zu bewilligen. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden.

Von dem Vorstande des Bürgervereins war bekanntlich ein Antrag auf anderweite Vertheilung des Zuschlages zur Kommunal-Einkommensteuer gestellt worden, und hatte die zur Berathung über diese Angelegenheit eingesetzte gemischte Kommission am 8. Mai d. J. sich mit derselben eingehend beschäftigt. Es ergab sich dabei, daß bei dem gegenwärtigen Veranlagungsverfahren die 7 ersten Kommunalsteuerstufen, welche den gleichen Klassensteuerstufen entsprechen, im Vergleich gegen früher nicht erhöht, zum Theil sogar entlastet, die 8. bis 11. Stufe dagegen um ein Geringes stärker herangezogen sind. Die Kommission hat demnach folgenden Antrag gestellt, welcher von der Versammlung auch angenommen wird:

„Mit Rücksicht darauf, 1) daß bei dem gegenwärtigen Veranlagungsverfahren ein großer Theil der Steuerpflichtigen in den

niederen Stufen entlastet ist und nur in den mittleren Stufen ein Bruchtheil mit einem nicht unverhältnißmäßig hohen Mehrbetrage zur Gemeinde-Einkommensteuer herangezogen ist, 2) daß der dem Hause der Abgeordneten vorgelegte Entwurf zur Städteordnung auf ein Gesetz, durch welches das Gemeindesteuerwesen neu geordnet werden soll, ausdrücklich verweist und die Vorlage eines solchen Gesetzes in nicht allzuferner Aussicht zu stehen scheint, 3) daß nach den Ministerialreskripten vom 5. Juli 1873 und 28. August 1874 nicht darauf zu zählen ist, daß die Aufnahme von Progressivsätzen, welche höher aufsteigen, als die Staatssteuersätze, in einem neuen Kommunalsteuer-Regulativ eine Billigung erfahren würde, 4) daß hiernach der Versuch einer Abänderung des noch vor nicht 2 Jahren vereinbarten Regulativs vom 22. Oktober und 17. November 1874 nach dieser Richtung hin nicht angezeigt erscheint, 5) daß aber eine dem § 6 des Regulativs nicht entsprechende Erhebung von Zuschlägen nach ungleichen Sätzen der Genehmigung der königl. Regierung bedürfen, diese aber nicht erhalten würde, weil sonst auf Umwegen erreicht würde, was die Minister konstant reprobirt haben, beantragt die Kommission, den städtischen Behörden vorzuschlagen, dem Antrage des Bürgervereins vom 7. Juli 1875 keine weitere Folge zu geben.

Der Magistrat hat beantragt, sich damit einverstanden zu erklären, daß die von dem Sparkassen-Assistenten Henke niederzulegende Kaution auf 1500 M. festgesetzt werde. Dieser Antrag wird angenommen. — Für den interimistischen Pedell im Alumnatsgebäude, in welchem bekanntlich eine Anzahl von Klassen der Stadtschule Nr. II. untergebracht ist, werden auf Antrag des Magistrats 25 M. vierteljährlich bewilligt; ebenso für die Vertretung des probeweise angestellten Thurmwächters, welcher erkrankt war 23 M. 75 Pf.

Ueber die Errichtung eines Schulhauses auf St. Martin berichtet Maurermeister Hesselbein. Nachdem die Versammlung in der vorigen Sitzung den projektirten Tausch eines Retablissements-Restgrundstückes gegen einen Theil des Kämmereiplatzes hinter den neuen Brodbänken behufs Errichtung eines großen städtischen Schulgebäudes an der Töpfergasse abgelehnt hatte, beantragt nunmehr der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß für die zu Schulhauszwecken bewilligten 55,000 Thlr. zwei kleinere Schulgebäude auf dem städtischen Grundstücke errichtet werden, und zwar das eine an der St. Martins-, das andere an der Töpfergasse, da der Platz nicht den genügenden Raum für ein großes Schulgebäude gewährt. Das eine Schulgebäude soll nach der vorgelegten Bauskizze 2, das andere 3 Stockwerke erhalten, das eine eine Knabenschule, das andere eine Mädchenschule enthalten. Die Höfe beider Schulen sollen an einander stoßen, und zwischen beiden Gebäuden eine derartige Verbindung mittelst eines Korridors hergestellt werden, daß hierdurch die Leitung beider Anstalten durch einen Rektor erleichtert wird. Andere Bauplätze zur Errichtung eines großen städtischen Schulgebäudes, deren Erwerbung in's Auge gefaßt worden war, stellen sich zu hoch im Preise, oder sind gegenwärtig nicht verkäuflich: so ein Bauplatz der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft, ferner ein Grundstück in der Bäckerstraße, gegenüber dem Lambertschen Grundstücke und ein Bauplatz in der Nähe der Petrikirche, dem Dr. v. Koszutski gehörig. — Nachdem Rechtsanwalt Mützel den dringenden Wunsch ausgesprochen, daß nunmehr doch endlich mit der Ausführung wenigstens eines der städtischen Bauprojekte vorgegangen werde, beschließt die Versammlung, den Magistrat zu autorisiren, für zusammen 55,000 Thlr. auf dem städtischen Grundstücke zwischen der St. Martins- und der Töpferstraße zwei Schulgebäude zu errichten, zuvor jedoch die endgiltige Prüfung der Bauprojekte durch die Baukommission der Stadtverordnetenversammlung vornehmen zu lassen.

Mit der nachgesuchten Niederlassung des Konditorgehilfen Ludwig Kredler erklärt sich die Versammlung einverstanden. — Durch die Verlegung des Armenbureaus nach dem Franziskanerkloster (in der Neuenstraße) sind 260 M. Kosten erwachsen, welche aus Titel XIX des Kämmereikassen-Etats bewilligt werden; ebenso 6 M. monatlich für die Reinigung ꝛc. dieser Bureaus.

Da mehrere Klassenzimmer der Stadtschule Nr. III durch die diesjährige Ueberschwemmung gelitten haben, und ein Austrocknen und Repariren derselben nothwendig ist, so beantragt der Magistrat die Bewilligung der erforderlichen Mittel, um in dem, gegenwärtig bekanntlich leer stehenden Priesterseminar 5 Zimmer zu Schulzwecken auf 6 Monate miethen zu können; die Miethe pro Zimmer würde 6 M. monatlich betragen. Die Versammlung erachtet jedoch die Zeit von 4 Monaten (von Anfang Juni bis Ende September) für ausreichend, und bewilligt demnach 120 M. für Miethe und außerdem 6 Mk. monatlich für den Pedell.

— **Die Wahlperiode** von mehreren Stadtverordneten läuft bekanntlich mit dem Ende dieses Jahres ab. Unter den aus dem Kollegium Ausscheidenden befinden sich auch die zwei einzigen Stadtverordneten polnischer Nationalität, die Herren Bankdirektor Dr. Rakowicz und Konsistorial-Rendant v. Janowicz. Der „Dziennik“ lenkt darauf die Aufmerksamkeit des polnischen Komites für die städtischen Wahlen und fordert dasselbe auf, schon jetzt mit den Vorbereitungen der Neuwahl zu beginnen und Vertrauensmänner zu den Vorarbeiten zu ernennen. „Je eher wir uns an die Arbeit machen, schreibt das polnische Blatt, desto günstiger kann das Resultat ausfallen.“

— **Der verstorbene Propst Bażynski** von der hiesigen Adalbertskirche, in deren Sprengel das Kriminalgefängniß liegt, bekleidete zugleich das Amt eines Gefangenen-Seelsorges. Nach dem Tode des Propstes Bażynski erklärte sich der Redakteur der „Niedziela“, Vikar Chrustowicz von der Adalbertskirche bereit die Seelsorge für die katholischen Gefangenen zu übernehmen. Darauf hin ertheilte das Kreisgericht, wie der „Kuryer“ mittheilt, dem Vikar die Antwort, daß es vorläufig nichts gegen eine Vertretung durch ihn habe, da er sich schon vor dem Tode des Propstes Bażynski mit der Gefangenen-Seelsorge vertraut gemacht habe. In Folge dessen begann Vikar Chrustowicz das Amt eines Gefangenen-Seelsorgers zu verwalten. Das Kreisgericht übergab jedoch die bewußte Angelegenheit dem Appellationsgericht zur Entscheidung, welches sie wiederum an den Oberpräsidenten überwies. Vikar Chrustowicz wurde nun abschlägig beschieden, dagegen erhielt der Propst Bielewicz von der Franziskanerkirche die Anfrage, ob er die gedachten Funktionen als Gefangenen Seelsorger ausüben wollte. Da indeß nur ein Geistlicher von der Adalbertskirche nach dem kanonischen Rechte hierzu befugt ist, so lehnte Propst Bielewicz das Anerbieten ab. Außer dem Vikar Chrustowicz ist noch der Vikar Luck an der Adalbertskirche angestellt, auf welchen der „Kuryer“ das Kreisgericht aufmerksam zu machen sucht, damit die Gefangenen nicht „wie Vieh“ ohne Gottesdienst leben dürften. Wie der „Kuryer“ meint, ist das Gesuch des Vikars Chrustowicz deswegen abschlägig beschieden worden, weil er Redakteur der bekannten staatsfeindlichen „Niedziela“ ist.

r **Aus dem Nachlasse** des verstorbenen Appellationsgerichts-Präsidenten Grafen Schweinitz kommen in der Zeit bis zum 12. Juni d. J. von 9 bis 1 Uhr Vormittags und 3 bis 5 Uhr Nachmittags in der Wohnung des Verstorbenen (Kl. Ritterstr. 1) verschiedene werthvolle Werke aus allen Zweigen der Wissenschaften und einige Bildwerke zum freihändigen Verkaufe.

r. **In der Magazinstraße** wurden in voriger Woche auf dem Grundstücke Nr. 14 beim Ausschachten für einen Neubau im aufgeschütteten Boden in einer Tiefe von 5 Fuß mehrere menschliche Gerippe und in einer Tiefe von ca. 16 Fuß eine große Menge von Töpferwaaren verschiedener Art: Kannen u. Töpfe mit Deckeln, sowie etwa 20 eigenthümlich gestaltete Töpfe, welche nach oben hin erweitert und viereckig geformt sind, gefunden. Alle diese Gegenstände sind auf der Drehscheibe geformt und scharf gebrannt, so daß der Bruch gesintert (ähnlich wie beim Steinzeuge) erscheint. Kenner von derartigen Antiquitäten sind der Ansicht, daß diese Gegenstände aus dem Mittelalter, nicht aus früheren Zeiten herrühren, zumal sie im aufgeschütteten Boden sich befinden. Knochen sind in den Töpfen nicht gefunden worden. Zu welchem Zwecke die viereckig ausgezogenen Töpfe benutzt worden sind, ob vielleicht zu Oefen, wie behauptet wird, ist nicht mit Sicherheit festzustellen.

r. **Diebstähle.** Einem Schuhmachermeister in Rawitsch ist Sonnabend Nachmittags eine silberne Zylinderuhr mit Goldrand, eine große silberne Kapseluhr mit deutschen Ziffern und mit einer goldenen, etwas beschädigten Kette, und ein Stock mit weißem, geleimten und angebrannten Knochengriff gestohlen worden. Der Verdacht fällt auf einen reisenden Schuhmachergesellen aus Posen. — In der Nacht vom 26. zum 27. v. M. wurde aus dem Wärter-Dienstlokal Nr. 6 an der Warthebrücke der Posen-Thorn Eisenbahn ein Handbeil entwendet. — Verhaftet wurde ein ehemaliger, erst vor einigen Tagen aus der Korrektionsanstalt zu Kosten entlassener Magistrats-Exekutor, welcher einem Restaurateur auf St. Martin 3 M. 50 Pf. vom Ladentische entwendet hat. — Verhaftet wurde eine bereis mehrmals bestrafte Arbeiterfrau, welche sich neuerdings auf St Roch eines Diebstahls an verschiedenen Wäschestücken schuldig gemacht hat. — Gestohlen wurde gestern Nachmittags einer Maurerfrau auf St. Roch aus und unverschlossenem Bodenraum eine rothe Tischdecke. — Eine auf der Wallischei wohnende Frau übergab vor einiger Zeit einem Schuhmacher zwei Pfandscheine über zwei Kopfkissen gegen ein kleines Darlehen. Der Schuhmacher hat die Kissen ausgelöst und verkauft und das Geld in seinem Nutzen verwendet. — Verhaftet wurde wegen Unterschlagung ein ehemaliger Kommunal-Hülfsexekutor.

g. **Jutroschin**, 30. Mai. [Simultanschule.] Da die hiesige katholische Schulgemeinde mit ganz geringen Ausnahmen sich gegen Errichtung einer Simultanschule erklärt hatte, so war ihr in Folge Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung die aus der Kämmereikasse gewährte Subvention von c. 400 Thlr. jährlich vom 1. Oktober v. J. ab entzogen worden. Infolge dessen beschwerte sich die betreffende Gemeinde zunächst bei der Regierung und als sie abschlägig beschieden wurde, beim Kultusminister. Der neuerdings eingetroffene Bescheid ist ebenfalls ein abschlägiger und stellt der katholischen Schulsozietät die Alternative, entweder der Simultanschule beizutreten oder das Schulsystem aus eigenen Mitteln zu erhalten, zu welchem Zwecke allerdings bedeutende Beiträge zu zahlen sein werden. Zu bedauern wären in letzterem Falle diejenigen katholischen Gemeindeglieder, welche für eine Simultanschule gestimmt haben und trotzdem die Lasten mit tragen müßten. Den betreffenden Lehrern werden die Gehälter einstweilen vorschußweise aus der Kämmereikasse gezahlt. Jedenfalls wird im Falle der weiteren Weigerung seitens der katholischen Schulgemeinde die evangelische und jüdische Schule zu einer Simultanschule vereinigt werden.

Gnesen, 31. Mai. [Nächtliche Schlägerei. Maifest.] In der Nacht vom vergangenen Sonnabend zum Sonntag wurden zwei sehr ruhige Bürger unserer Stadt in der Nähe des Schanklokales des Puciata von ca. 6 Strolchen angefallen. Nur durch das ruhige Verhalten und stille Zurückweichen der beiden Angefallenen wurde eine größere Schlägerei vermieden; auch der Steinregen, der sich über letztere und andere zur Hülfe geeilten Personen in großen Strömen ergoß, hat glücklicher Weise nicht geschadet. Den Bemühungen des schnell herbeigeholten Polizei-Kommissarius Herrn Herrgott ist es in kurzer Zeit gelungen, in dem Hause des ꝛc. Puciata zwei solcher Strolche ausfindig zu machen und dieselben durch einen Nachtwächter nach dem Gefängniß abführen zu lassen. — Gestern Morgen unternahmen die Schüler der katholischen Schule in Begleitung der Lehrer ihren Spaziergang nach dem Waldkruge.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Bonn, 30. Mai. Gestern Vormittag verschied Professor Friedrich Diez. Diez hat seine ganze reiche literarische und akademische Wirksamkeit in dem Bereiche unserer rheinischen Alma mater begonnen und vollendet. In Gießen im Jahre 1794 geboren, gehörte er seit 1820 als Privatdozent, seit 1823 als außerordentlicher, seit 1830 als ordentlicher Professor unserer Universität an, in steigendem Maße von Jahr zu Jahr als eine ihrer ersten Zierden in der ganzen gelehrten Welt anerkannt. Eine zwiefache, gleich bahnbrechende Thätigkeit war es, welche ihm diese niemals angefochtene oder auch nur angezweifelte eminente Stellung eines Meisters der Wissenschaft im Inlande wie im Auslande erworben und gesichert hat: einmal seine Leistungen auf dem Gebiete der provençalischen Sprache und Literatur, das, zuerst durch ihn allseitig kritisch durchforscht, in seiner klaren und zuverlässigen Darstellung gleichsam von Neuem für den Gesichtskreis literarhistorischer wie ästhetischer Kenntniß eröffnet und erobert wurde. — Ein zweites, noch viel weiter greifendes Verdienst hat sich Diez durch die Schöpfung einer diesen Namen wirklich verdienenden romanischen Sprachwissenschaft erworben. Seine hierher gehörigen Arbeiten, wie sie in stets neuen Auflagen neue Resultate einer unermüdlichen Forschung den vorher gewonnenen Resultaten hinzufügten, sind längst wie für seine Landsleute, so auch für die Völker romanischer Zunge die einzige feste unerschütterliche Grundlage jedes weiteren Studiums auf diesem Felde sprachlicher Wissenschaft geworden. (B. Z.)

Staats- und Volkswirthschaft.

** **In der stettiner Pferdelotterie** sind am 29. Mai cr. folgende Hauptgewinne gezogen worden: 11,732 1 Paar Wagenpferde, 39,829 Falbstute, 25,079 1 Paar Ponny, 39,256 brauner Wallach, 31,655 hellbrauner Wallach, 21,463 Rappe, 21,002 Rappstute, 4830 1 heller Fuchswallach, 29,233 Schimmel, 36,396 braune Stute, 15,858 Fuchsstute, 1352 dunkelbrauner Wallach, 27,893 rothbraune Stnte, 10,400 Fuchsstute, 6959 Landauer mit 2 Pferden (Hauptgewinn), 10,138 Schimmel, 32,076 braune Stute, 23,519 do. 29,540 do., 13,463 ein Phaeton mit einem Pferd, 15,142 brauner Wallach, 38,480 do., 28,327 do., 27,782 1 Fuchswallach, 5500 Schimmelwallach, 11,345 brauner Wallach, 16,119 Rappstute, 3495 do., 3995 Rappe. 6341 heller Fuchswallach, 22,682 1 Paar Wagenpferde, 32,981 Fliegenschimmel, 6333 Rappe, 21,775 Schimmel, 229 do., 484 braune Stute, 381 heller Fuchs, 25,930 Schimmel, 8742 do., 15,446 do., 34,684 Rappstute, 22,032 Equipage mit 4 Pferden, 17,419 brauner Wallach, 20,244 do., 32,371 Parkwagen mit 2 Ponnys, 31,954 Fuchsstute, 36,713 Equipage mit 1 Pferd, 10,759 brauner Wallach, 3349 braune Stute, 38,887 Fuchsstute, 6981 braune Stute, 31,841 do., 28,424 hellbrauner Wallach, 12,509 do., 23,822 Fuchswallach, 11,946 Apfelschimmel, 19,006 Fuchswallach, 31,376 Fuchsstute, 18,351 dunkelbrauner Wallach. Der Hauptgewinn der Pferde-Lotterie: Ein Landauer mit zwei eleganten Pferden, ist nach Zeitz an einen Herrn Richter gefallen. Das Loos Nr. 6959 ist in Stettin in die Kollekte des Herrn Rob. Theod. Schröder verkauft worden. Die vierspännige Equipage kam nach Nauen an den dortigen Buchdruckereibesitzer Freyhof. Der Brougham und der einspännige Phaeton wurden in Berlin gewonnen. Der Parkwagen mit Ponny blieb in Stettin in der Kollekte des Herrn Schröder.

** **Breslau**, 30. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Breslau-Freiburg-Schweidnitzer Eisenbahn-Gesellschaft wurde der Antrag des Direktoriums, betreffend die Aufnahme einer Anleihe von 18 Millionen Mark in fünfprozentigen Prioritäts-Obligationen einstimmig genehmigt.

** **Zur Lage der Kohlenindustrie.** Aus Essen, 27. Mai, wird geschrieben: Das Kohlengeschäft hat jetzt einen Charakter angenommen, der so ziemlich dem Eisengeschäfte analog ist. Nicht, daß es Zechen gäbe, die noch guten Absatz haben. Im Großen und Ganzen ist aber die Nachfrage nach Kohlen seit Eintritt der milden Jahreszeit eine schwache. Die Preise sind gefallen und mußte eine Anzahl Zechen ihre Förderung beschränken. Nur diejenigen, welche die besseren Sorten, so unter Anderen für die Gasfabrikation, liefern, haben noch lohnenden Absatz Man verspricht sich in unserem Kohlenrevier viel von der in Wilhelmshafen vorzunehmenden Prüfung der Ruhrkohlen für den Gebrauch auf der Kriegs-Marine, die naturgemäß dann auch zum Absatze nach transatlantischen Plätzen führen muß, und hat die Einigung zwischen der Köln-Mindener und der Oldenburger Bahn über die Aufstellung eines ermäßigten Tarifs für Kohlen-Extrazüge nach dem genannten Hafen mit großer Befriedigung begrüßt. Holland bezieht noch immer große Quantitäten Kohlen von der Ruhr. Die englische Konkurrenz ist aber sehr rege und man darf erwarten, daß diese auf unser Kohlengeschäft zurückwirken wird.

** **Chemnitz**, 31. Mai. [Produkten-Börsenbericht von Hermann Jastrow.] Wetter: Prachtvoll. Weizen höher, gelber 222—240 M., weißer 230—252 Mark, Roggen höher, inländischer 195—204 M., fremder 186—190 Mark, Gerste nominell, 175—198 M., Hafer fester, 160—180 M., Mais 135—150 M., Erbsen, Mehl- und Futter- —, Alles pr. 1000 Kilo.

Weizenmehl Nr. 00.—36 M., Nr. 0.—34 M, Nr. 1.—31 M., Roggenmehl Nr. 0 29,00 M., Nr. 1 28,00 M. pr. 100 Kilo.

** **Karlsruhe.** 31. Mai. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der badischen 35-Gulden-Loose wurden die nachfolgenden Serien gezogen: 240, 302, 700, 780, 1185, 1297, 1879, 1942, 3266, 3626, 4079, 4224, 4739, 4830, 4894, 4936, 4976, 5392, 5889, 5904, 5997, 6240, 6520, 6559, 6668, 6919, 7469, 7639, 7660, 7874.

** **Havre**, 30. Mai. Die heutige Wollauktion war ziemlich belebt. Gute Wollen waren 10—15, sekundäre 20—25 Centimes niedriger, als in der Märzauktion. Von den angebotenen 2140 B. Laplatawollen wurden 1151 B. verkauft.

Vermischtes.

* **Wie lebhaft der Kaiser** den Wunsch hegt, die Südseite des k. Schlosses in Berlin freigelegt zu sehen, geht aus einer Aeußerung hervor, welche, wie der „Tribüne“ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, der Monarch vor einigen Tagen gelegentlich der Besichtigung des neugebauten Hotel de Rome gemacht hat. Nachdem der Kaiser den ihn geleitenden Herren seine Anerkennung bezüglich des Baues ausgedrückt hatte, bemerkte er: „Sehen Sie nur zu, daß die Schloßfreiheit beseitigt werde“, und unter Bezugnahme auf die seitens der Direktion der Großen Berliner Pferdebahn gemachte Offerte, zu den Kosten des Schloßfreiheit-Projekts eine namhafte Summe beisteuern zu wollen, wenn gestattet würde, von dort aus eine Pferdebahnlinie nach dem Brandenburger Thore zu führen, setzte der hohe Herr hinzu: „So ungern ich auch unter den Linden eine Pferdebahn sähe, ich würde mich auch hierzu verstehen, wenn wir die Schloßfreiheit freilegen könnten!“

* **Theaternotizen.** Herr v. Hülsen feiert bekanntlich am 1. Juni sein 25 jähriges Dienstjubiläum. Der deutsche Bühnenverein, dessen Präsident v. Hülsen ist, hat ihm ein Ehrengeschenk gewidmet. Dasselbe stellt ein Fahrzeug vor aus Silber mit reicher Vergoldung, dessen Steuerruder die Intelligenz führt. Es ist zugleich ein Tafelaufsatz und Weinbehälter, und unter dem Fahrzenge befinden sich aus Silber gearbeitete schäumende Wellen, in denen die zum Weinbehälter gehörigen Römer, sechs an der Zahl, liegen. Die Skizze dieses Meisterwerkes hat der technische Direktor Seitz in München entworfen, die Ausführung desselben war dem dortigen Silberarbeiter Harrach übertragen. Die „Post“ schreibt: „Schloß-Theater“ ist der Name des in der Schloßbrauerei zu Schöneberg am ersten Pfingstfeiertage zu eröffnenden Sommertheaters; dasselbe wird unter der vielfach, zuletzt in Bromberg bewährten technischen Leitung des Direktors Otto Ungnad stehen, welcher bestrebt sein wird, durch Engagements tüchtiger Kräfte Erfreuliches zu leisten. — Ueber ein neues im Hofburgtheater aufgeführtes Stück von Adolf Wilbrandt, der neuerdings leider sehr experimentirt, schreibt die „N. fr. Pr.“: „Der Theaterdichter Adolph Wilbrandt ist plötzlich einer absonderlichen Laune zum Opfer gefallen. Nach seinen unglücklichen Versuchen auf dem Felde der Tragödie scheint es ihm in den Sinn gekommen zu sein, es auch einmal unseren Vorstadtdichtern gleichthun zu wollen, und er schrieb „Die Wege des Glücks“, ein Lustspiel in fünf Akten, das aus Versehen im Burgtheater zur Darstellung kam. Tendenz des Stückes ist, das Geschrei gegen den Geschäftsschwindel unserer Zeit dramatisch zu paraphrasiren, und wir sind die Letzten, die gegen ein so löbliches Beginnen Einsprache erheben würden. Wir haben es bei Björnsen's „Fallissement“ gesehen, wie viel tragischer Gehalt in diesem scheinbar nüchternsten aller Stoffe verborgen liegt. Statt eine Komödie aber, die aus dem gegenwärtigen Leben das allgemein Menschliche herausgreifen und künstlerisch gestalten soll, hat uns der Theaterdichter Wilbrandt eine Posse geboten, die in ganz rohen und ganz zwecklos auf die Bühne gezerrten Anspielungen auf einen vielbeschrienen (den Ofenheimischen) Prozeß ihr Heil sucht. Wie armselig muß es mit der Erfindung eines Theaterdichters bestellt sein, wenn er zu so gewöhnlichen Handwerkskniffen seine Zuflucht nimmt. Das Stück fand keinen Erfolg, obgleich man die ganze Rettungsmannschaft des Burgtheaters zu seinen Gunsten aufgeboten hatte.“

* **Zur Witterungs-Statistik** schreibt die „Trib.“: Der Meteorologe Köppen hat die elfjährige Periode der Sonnenflecken mit dem Gange der Temperatur, mit der Wärme der einzelnen Jahre verglichen und will nach einer großen Zahl von Berechnungen gefunden haben, daß thatsächlich die Jahre der Sonnenflecken-Maxima kälter sind, als die anderen Jahre. Selbstverständlich ist von einem mathematischen Zusammentreffen in solchen Dingen keine Rede. Die physischen Jahreszeiten fallen nicht mit den astronomischen zusammen. Es ist schon lange Sommer, bevor der Kalender den Eintritt des Sommers ansagt, und es wird Herbst, während im Kalender noch der Sommer herrscht. Bis gewisse Wirkungen eintreten, braucht es oft eine längere Zeit, als sie berechnet worden ist, und es sind mannigfache Störungen, deren Ursache noch lange nicht aufgeklärt ist, zu berücksichtigen. — Die elfjährige Sonnenfleckenperiode, vom Jahre 1837 an gerechnet, giebt 1848, 1859 und 1870 starke Winter. Die Intervalle sind aber nach Köppen andere, er nimmt aus gewissen Gründen an, daß ein Abschnitt von 27 mit einem Abschnitt von 18 Jahren abwechselt. Er geht von dem überaus harten Winter des Jahres 1740 aus. Nach 27 Jahren, also 1767, trat wieder ein sehr strenger Winter auf, 18 Jahre darauf, also 1785, kam wieder ein sehr kaltes Jahr, 27 Jahre vergingen, und der welthistorische Winter von 1812 kam, dann nach 18 Jahren der Winter von 1830, bis nach 27 Jahren jener von 1857. Das Intervall von 18 Jahren kommt jetzt in Rechnung und ergiebt für 1875 ein Jahr strengen Winters und geringerer Durchschnittstemperatur. Allerdings hatte nun das Jahr 1875 einen ausgiebigen Winter, doch scheint es, daß erst das Jahr 1876 die volle Wirkung jener unbekannten Ursachen an den Tag gebracht hat, die sich in den zwei bezeichneten Intervallen zu manifestiren scheinen, wie es denn auch eine alte Beobachtung ist, daß kalte und warme Jahre gruppenweise vorkommen. Interessant ist es, daß, wenn man in diesen Intervallen zurückrechnet, man auf das Jahr 1695 kommt, wo der Bodensee zufror und in Lemberg noch im Juni der Schnee lag, dann auf die Winter der Jahre 1608 und 1515, über deren Härte die Chroniken Vieles erzählen. Die elfjährige Epoche des Sonnenfleckenmaximus scheint in vierfacher Zusammenfassung einen Zusammenhang zwischen Sonnenfleckenmaximum und Temperaturminimum auszudrücken, indem die beiden Intervalle 27 und 18, addirt 45 ergeben, während die viermalige Wiederholung der Fleckenperiode 44 Jahre macht. Somit hätten wir, nachdem die Jahre seit 1873 alle einen kalten Frühling gebracht haben und nach der obigen Periode für das Jahr 1875 oder 1876 das kälteste Jahr fällt, von nun an wieder bessere Mai-Monate und wärmere Winter zu erwarten. Nach 27 Jahren, also erst 1902 oder 1903, wäre abermals ein sehr hartes Jahr zu gewärtigen.

* **Der „älteste Assessor“** der preußischen Justizverwaltung, wie der Kreisrichter Kampffmeyer bis zum vorigen Jahre noch hieß, ist in den letzten Tagen voriger Woche gestorben. Kampffmeyer, ein Mann in den funfziger Jahren, war viele Jahre hindurch Beisitzer der IV. Kriminaldeputation des berliner Stadtgerichts, und da er die Versetzung von dort aus Rücksicht auf seinen altersschwachen Vater ablehnte, verzögerte sich seine Anstellung als Richter von Jahr zu Jahr.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Nach dem Tode des Vaters kam Kampffmeyer selber um seine Beförderung ein, vor etwa Jahresfrist wurde er als Kreisrichter nach Landsberg a. W. versetzt, und dort ist er vor einigen Tagen nach kurzer Krankheit verstorben.

* **Die Theateragentur** der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger ist, wie man dem „B. C." mittheilt, als mit 3 pCt. nicht rentabel eingegangen. Der bisherige Leiter derselben hat die Aktiva und Passiva der Genossenschafts-Agentur übernommen und arbeitet als Privat-Agent mit den üblichen 5 pCt. Vermittelungsgebühren weiter.

* **Am 10. Juni** feiert der um das deutsche Volkslied hochverdiente k. Musikdirektor und Seminarlehrer Ludwig Erk in Berlin sein fünfzigjähriges Amts-Jubiläum. Erk ist der Sohn des als Kantor und Liederkomponist bekannten Adam Erk und wurde 1807 in Wetzlar geboren, wo sein Vater als Organist am Dom angestellt war. Seine Ausbildung verdankt er dem Erziehungs-Institute von Joh. Balthas. Spieß in Frankfurt a. M. In der Musik förderte ihn zunächst der Unterricht seines Vaters, sodann J B. Spieß und L. Reinwald. Schon als elfjähriger Knabe spielte er fertig Orgel. Nicht wenig trug zu seiner Entwickelung der persönliche Umgang mit Männern wie André, Rink, Schmitt, Dehn, Marx, Hoffmann von Fallersleben bei. Im Jahre 1826 wurde Erk als Musiklehrer an dem von Diesterweg geleiteten Seminar zu Mörs angestellt. Während seines Aufenthalts am Rhein begründete er die l[illegible]schen Musik- und Gesangfeste, bei denen er als Dirigent und Pianist vielen Beifall erntete. 1835 folgte er, wie ein Jahr früher Diesterweg, einem Rufe an das k. Seminar für Stadtschulen zu Berlin. Im Jahre 1836 wurde ihm die Dirigentenstelle des „Liturgischen Chores" in der Domkirche übertragen — so gründete er gewissermaßen den später weltberühmten Dom-Chor. An seine Stelle trat 1838 A. Neithardt. Jetzt ist Erk Dirigent eines nach ihm benannten „Männergesangvereins" und eines „Gesangvereins für gemischten Chor". Erk hat nach verschiedenen Richtungen hin Bedeutendes geleistet; als Komponist, als Forscher auf dem Gebiete der Musikgeschichte und als Schriftsteller. Eine erstaunliche Thätigkeit hat Erk auf dem Gebiete des Volksliedes entwickelt, mit unermüdlichem Forschereifer hat er Melodien und Texte dem deutschen Volke abgelauscht, und so manche Perle der Vergessenheit entrissen, viele Lieder in ihrer ursprünglichen Gestalt wiederhergestellt.

* **Vom Garde Offizier** zum Marchand tailleur de Dames, ist die Ueberschrift nachstehenden Artikels der „Trib." aus Berlin: Diese etwas auffällige Metamorphose hat ein Mann mit sich vorgenommen, der sich jetzt in seiner letztern Eigenschaft alltäglich in den Zeitungen ankündigt. Es ist dies der Sohn eines Justizraths aus F., der selbstverständlich eine gute Erziehung genossen hat und für die Militair-Karriere ausgebildet worden war. Als Offizier verlobte er sich mit einer Tochter eines sehr reichen hohen Staatsbeamten, der seinem Schwiedersohn ein sehr einträgliches Rittergut in die Ehe mitgab. Der junge Mann beschloß, sein Gut selbst zu bewirthschaften, und nahm in Folge dessen seinen Abschied. Die ersten Jahre der Ehe verlebte das junge Paar herrlich und in Freuden, im Sommer lebten sie auf ihrem Gute, im Winter bezogen sie ihre Wohnung in der Residenz. Der ehemalige Offizier muß die Oekonomie nur wenig verstanden haben, denn das Gut ging in seinen Erträgen zurück, dazu kamen Mißernten Hypotheken mußten aufgenommen werden und schließlich kam das schöne Besitzthum unter den Hammer. Zum Glück wußte sich der Ex-Rittergutsbesitzer schnell zu fassen, er entschloß sich, mit den geretteten Ueberresten seines Vermögens in der Residenz ein pariser Mode-Magazin zu errichten, zu dessen Verwaltung er mehr Fähigkeit zu besitzen scheint, als zu der seines Gutes; denn das Geschäft steht in bester Blüthe. Manche unserer vornehmen Damen lassen sich sehr gern von dem früheren Garde-Offizier, der in seinem Benehmen diesen Stand nicht verleugnet, bedienen, und wieder Andere frequentiren das Geschäft wegen des romantischen Ursprungs desselben.

* **Ein Pistolenduell**, das vor einiger Zeit in einem kleinen Städtchen der Neumark stattfand, hat glücklicherweise einen unblutigen Ausgang genommen. Der Schwiegersohn eines berliner großen bekannten Banquiers, ein Gutsbesitzer des Kreises, sollte zu einem von dem Offiziercorps des erwähnten Städtchens arrangirten Ball eingeladen werden, sein Name wurde indessen schließlich von der Liste gestrichen und zwar auf Intervention des Regiments-Adjutanten, welcher einige Bemerkungen über die semitische Abstammung des Ballkandidaten machte. Kurze Zeit darauf suchte nun der Landrath des Kreises (beiläufig ein Verwandter eines bekannten freisinnigen Abgeordneten) die Beleidigung des ihm befreundeten Gutsbesitzers zu rächen, indem er von einem seinerseits gegebenen Balle den Regimentsadjutanten in demonstrativer Weise ausschloß. Dies führte zu Erörterungen zwischen dem Gutsbesitzer und dem Offizier, welche eine Forderung auf Pistolen zur Folge hatten. Die Parteien erschienen pünktlich auf dem Platze des Rendezvous. Dem Offizier versagte das Pistol, der Gegner schoß in die Luft. Man lud von Neuem, — dasselbe Resultat. Nun intervenirten die Sekundanten und wenn auch keine Versöhnung, so wurde doch ein modus vivendi hergestellt. (Trib.)

* **Die durch Munifizenz** des deutschen Kaisers ermöglichten Erdarbeiten zur Freilegung der Porta Nigra zu Trier werden eifrig gefördert. Auf dem bis jetzt zur Ausschachtung gelangten Terrain wurde das Römerthor bis zu der zur Römerzeit bestandenen Terrainhöhe bloßgelegt und haben genaue Untersuchungen mit Bestimmtheit ergeben, daß das Gebäude in der letzten Zeit der römischen Herrschaft erbaut und wahrscheinlich durch den Einfall der fränkischen Völker von den Römern nicht zur Vollendung gebracht wurde. Auch wurde der Torso einer weiblichen Figur aus weißem Marmor von 0,29 Meter Höhe aufgefunden, welche in der Stellung und Gewandung viele Aehnlichkeit mit der Venus von Milo besitzt. Die Arbeit ist jedoch nicht von künstlerischer Bedeutung. Schon jetzt, wo erst die eine Hälfte des Römerthores bis zu ihrer ursprünglichen Höhenlage freigelegt worden ist, stellt sich heraus, daß das Monument sehr an seiner Großartigkeit gewonnen hat und durch seine vollständige Freilegung in noch größerem Maße gewinnen wird.

* **Ein großer Juwelen-** und Pretiosen-Diebstahl, der wegen der eigenthümlichen Natur der Diebstahlsobjekte den Heimgesuchten doppelt schmerzen muß, wird aus Celle gemeldet. Unter den entwendeten Gegenständen befinden sich: eine am Halse zu tragende Medaille mit russischer Inschrift und dem Bildniß des Kaisers Alexander II., eine goldene Medaille mit russischer Inschrift und Emblemen des Gartenbauwesens, eine goldene Uhr mit der Inschrift: „Von J. Maj. der Kaiserin Marie Alexandrowna huldvollst verliehen," 2 silberne Zigarrenetuits mit reichen Gravirungen, 2 goldene Brustnadeln, ein mit dem Stanislausbande umgebenes kleines goldenes Ordenszeichen mit dem Bildniß des Kaisers Alexander II. von Rußland, eine Brillanttuchnadel in Gestalt einer Rose, viele silberne Eß- und Theelöffel ꝛc. ꝛc. Auf die Herbeischaffung der gestohlenen Gegenstände ist eine Belohnung von 300 Mark ausgesetzt.

* **Jena** 28. Mai. Es wurde seiner Zeit mit allgemeiner Befriedigung davon Kenntniß genommen, daß der in Jena zwischen Studentenschaft und Offiziercorps entstandene Konflikt durch die Versetzung zweier Offiziere, die zunächst davon berührt waren, als beseitigt betrachtet werden durfte. Nach einer Mittheilung der heutigen „Jenaischen Zeitung ist dem aber nicht so. Hiernach hat ein Student eine Forderung eines nach Weimar versetzten Offiziers nicht angenommen, weil dieselbe acht Wochen nach der Beleidigung und währenddem erlassen war, als die Studenten dem Offiziercorps erklärt hatten, ihm keine Satisfaktion mehr zu geben, weil dasselbe die Angelegenheit beim Universitätsgericht anhängig gemacht hätte. Dieser neue Fall wird nun auf studentischer, nicht aber auf militärischer Seite gebilligt; daher der neue Konflikt.

* **München**, 27. Mai. Bekanntlich hat neulich das Hoffekretariat die Nachricht dementirt, daß in der Kabinetskasse des Königs Ludwig Ebbe herrsche. Gleichwohl schreibt man von hier dem „Wiener Tagbl.": König Ludwig, der Ideale, wie er benannt werden kann, mit seinem hohen Sinn für das Schöne und Hehre, ist in neuester Zeit in arge Geldklemme gerathen, seine verschiedenen Schloßbauten und seine Vorliebe für theuere Roccocomöbel und sonstige Antiquitäten haben große Summen verschlungen. Man faselt nebenbei auch von riesigen Unterstützungssummen für Richard Wagner und sein National-Festspiel in Bayreuth. Ich kann Ihnen auf Grundlage bester Information versichern, daß dem nicht so ist. Richard Wagner bezieht eine Pension von 8000 Gulden und das ist Alles. Für Bayreuth hat der König hunderttausend Gulden gespendet, diese hunderttausend Gulden werden ihm jedoch bereits durch Richard Wagner zurückgezahlt, wodurch dieser freilich sein Unternehmen finanziell stark geschädigt sieht, denn alle einlaufenden Gelder sendet er sofort nach München. In kürzester Zeit wird er die ganzen hunderttausend Gulden an den König abgezahlt haben. Bekanntlich hieß es einmal, König Ludwig habe das event. Defizit von Bayreuth auf seine Rechnung genommen — dem ist, wie man sieht, nicht so, im Gegentheile, er bekommt sein Geld noch vor der Fest-Aufführung. Richard Wagner, ist, Dank der großartigen Unterstützung, welche in der letzten Zeit aus den Reihen des gebildeten deutschen Publikums erfahren, nun im Stande, seine Schuld abzutragen — doch braucht er in Folge dessen neues Geld, denn die Aufführung selbst wird trotz der Opferwilligkeit der Majorität der Mitwirkenden doch viel Geld erheischen. König Ludwig beabsichtigt den Proben der „Niebelungen" beizuwohnen, — die Aufführung selbst wird er nicht mitmachen. Bekanntlich erscheinen zu denselben siebzehn deutsche Fürsten mit Kaiser Wilhelm an der Spitze und mußte im Zuschauerraume des Riesentheaters die nothwendige Adaptirung einer Extraloge vorgenommen werden. Neuestens heißt es, König Ludwig werde gar nicht nach Bayreuth gehen, doch kann ich auch in dieser Beziehung mit Berufung auf meine gute Quelle behaupten, er werde zu den Proben kommen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Briefkasten.

Z in Jutroschin. Wir bitten objektiv zu berichten und selbst den Schein konfessioneller Gehässigkeit zu vermeiden. Warum sollen denn die Herren nicht am Sabbath Domino spielen und sich dann das Vergnügen machen, sich gegenseitig durchzuprügeln?

Southampton, 31. Mai.

Das Postdampfschiff des Nordd. Lloyd „Rhein", Kapitain H. C. Franke, welches am 20. Mai von Newyork abgegangen war, ist heute 8 Uhr Morgens wohlbehalten hier angekommen und hat nach Landung der für Southampton bestimmten Passagiere, Post und Ladung, 12 Uhr Mittags die Reise nach Bremen fortgesetzt. Der „Rhein" überbringt 305 Passagiere und volle Ladung.

Der große gefährliche Brand für alle Nachbarsgebäude in der Spritfabrik Potocki & Comp. hat hoffentlich den Behörden die Ueberzeugung geschafft, daß in Nähe von Lazarethen, Diakonissen-Anstalten und königl. Gebäuden, welche mit werthvollem Material gefüllt sind, dergleichen Fabriken nicht bestehen dürfen. Wir hoffen, daß die Behörden die Wiederinstandsetzung dieser Spritfabrik nicht genehmigen werden.

Mehrere Bürger Posens.

Familien-Nachrichten.

Am 31. Mai c. wurde meine liebe Frau **Elvira** geb. **Richter** von einem gesunden kräftigen Mädchen glücklich entbunden.

Gulczewko bei Wreschen.
E. Guichard.

Die Geburt einer Tochter erlauben sich anzuzeigen
Wongrowitz, 31. Mai 1876.
Der Kreisbaumeister Reitsch u. Frau, Margarethe, geb. Kolbe

Heute Abend 7 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden unser geliebter Gatte und Vater, Herr

Franz Guenther.

Marzdorf, den 29. Mai 1876.
Marianne Guenther,
geb. **Koppe**
und Kinder.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Elisabeth Heyn in Stargard in Pomm. mit Hrn. Predigtamts Kandidaten und Konrektor Heinrich Schwarz in Altdamm. Frl. Mathilde van Rossum in Cleve mit Hrn. Louis Hugo in Celle. — Frl. Marie Pflug in Berlin mit Kfm. Richard Kloß in Wien. Frl. Franziska Falkenburger mit Kaufmann Hermann Baron in Berlin. Frl. Marie v. Salviati in Buisengraben bei Vacha mit Hauptm. Frhrn. Max von Hausen in Berlin. Frl. Laura Eisenhardt mit Direktor Max Lipmann in Berlin.

Verehelicht: Hr. Dr. Wilhelm Martius mit Frl. Minna Hübner in Berga bei Roßla a. H. Lieutenant Becker II. mit Frl. Jenny Kühnert in Gumbinnen. Hr. Gustav Markworth mit Frl. Clara Bünger in Berlin.

Geboren: Ein Sohn: Grubendirektor J. Natorp in Bochum. Rittmeister v. Livonius in Berlin. Hrn. G. Schaube in Peterwitz bei Hochkirch. Hrn. Stan. Roman in Pelplin. Hrn. Oskar Florin in Berlin. Hrn. Rud. Freyschmidt in Berlin. Hrn. Bernh. Teppich in Berlin. Zimmermeister Aug. Andres in Trebbin. — Eine Tochter: Pastor Th. Röhricht in Strausberg. Hrn. A. Fils in Lichterfelde.

Gestorben: Juwelier und grichtl. Taxator Jean Louis Antoin Pringal in Berlin. Superintend. Oberpfarrer Robert Pfitzner in Reppen. Rittmeister a. D. v. Münchhausen Tochter Gertrud in Steinburg. Frau Gen.-Lieut. a. D. Maria v. Seelhorst, geb Freiin v. Hövell in Naumburg a. S. Verw. Frau Kommerzienr. Johanna Strahl geb. Boy in Frankfurt a. O. Musikdirektor Ferd. Richard Hempel in Kassel. Gen.-Maj. z. D. Julius von Lübtow in Freiburg i. B. Hr. Karl Gerlach in Spandau. Kaufmann Eduard Jacobsohn in Berlin.

Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.